Kommunale Sozialpolitik und professionelle Perspektiven im Umgang mit der Drogenszene in Brugg

Eine qualitative Untersuchung sozialräumlicher Einflussfaktoren



Mike Hufschmid

Bachelor-Thesis

eingereicht bei Prof. Dr. phil. habil. Christian Reutlinger

Hochschule für Soziale Arbeit FHNW, Bachelor in Sozialer Arbeit, Olten

Im Juni 2026

Abstract

Öffentliche Drogenszenen stellen Kommunen vor die Herausforderung, Sicherheit, soziale Unterstützung und gesundheitspolitische Anliegen miteinander zu verbinden. Die vorliegende Bachelorarbeit untersucht, wie sozialpolitische Steuerungsprozesse und sozialräumliche Bedingungen den professionellen Umgang mit der lokalen Drogenszene in der Stadt Brugg beeinflussen.

Die Untersuchung basiert auf einem qualitativen Forschungsdesign mit zwei leitfadengestützten ExpertInneninterviews (Stadtpolizei Brugg und mobile Gassenarbeit HOPE) sowie einer ergänzenden Analyse kommunaler und kantonaler Dokumente.

Die Ergebnisse zeigen, dass der professionelle Umgang mit der Drogenszene durch das Zusammenspiel von sozialpolitischer Steuerung, institutionellen Rahmenbedingungen und sozialräumlichen Gegebenheiten geprägt wird. Trotz unterschiedlicher institutioneller Aufträge stimmen Polizei und Gassenarbeit in zentralen Einschätzungen weitgehend überein. Repressive Massnahmen werden als kurzfristig wirksam, jedoch nicht als nachhaltige Lösung beurteilt. Gleichzeitig werden Versorgungslücken im Bereich der Schadensminderung sowie die Bedeutung einer koordinierten Zusammenarbeit verschiedener Akteurinnen deutlich. Darüber hinaus zeigt die Untersuchung, dass öffentliche Räume durch politische Entscheidungen und soziale Nutzungen fortlaufend mitgestaltet werden.

Die Arbeit verdeutlicht, dass der professionelle Umgang mit lokalen Drogenszenen weder ausschliesslich ordnungspolitisch noch ausschliesslich sozialpolitisch verstanden werden kann. Vielmehr entsteht er im Zusammenspiel von Sicherheit, sozialer Unterstützung, kommunaler Steuerung und sozialräumlichen Bedingungen und leistet damit einen Beitrag zum Verständnis kommunaler Steuerungsprozesse im Umgang mit sichtbaren sozialen Problemlagen.

Inhaltsverzeichnis

Abstract 1

Abbildungsverzeichnis 3

Vorwort/Danksagung 4

1. Einleitung 5
   a. Ausgangslage und Problemstellung 5
   b. Relevanz der Thematik 6
   c. Zielsetzung und Forschungsfrage 7
   d. Aufbau der Arbeit 9
2. Theoretischer Bezugsrahmen 10
   a. Kommunale Sozialpolitik und Local Governance 10
   b. Raumsoziologische Perspektiven auf öffentliche Räume 12
   c. Schweizer Suchtpolitik und Schadensminderung 15
   d. Devianz und gesellschaftliche Problemkonstruktion 17
   e. Synthese des theoretischen Bezugsrahmens 19
3. Forschungsmethode 21
   a. Forschungsdesign 21
   b. Datenerhebung 22
   c. Datenauswertung 23
   d. Forschungsethische Überlegungen und Limitationen 24
4. Darstellung Ergebnisse 26
   a. Wahrnehmung und Beschreibung der Drogenszene 26
   b. Ursachen und Sozialräumliche Bedingungen 27
   c. Professioneller Umgang mit der Drogenszene 30
   d. Zusammenarbeit und sozialpolitische Steuerung 32
   e. Herausforderungen und Versorgungslücken 34
5. Diskussion Ergebnisse 36

a. Unterschiedliche Problemdeutungen 36
b. Repression zwischen Entlastung und Problemlösung 37
c. Sichtbarkeit sicherheitspolitischer und Unsichtbarkeit sozialpolitischer Steuerung 39
d. Der Neumarktplatz als sozial produzierter Raum 41
e. Handlungsperspektiven für Brugg 43
6. Schlussfolgerung 46
a. Beantwortung der Forschungsfrage 46
b. Reflexion der Untersuchung und Limitationen 47
c. Weiterführende Überlegungen 48
Literaturverzeichnis 51
Hilfsmittelverzeichnis 53
Anhang 54

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 Signalisation des temporären Alkoholverbots auf dem Neumarktplatz (eigene Aufnahme, 2025). 29

Vorwort/Danksagung

Die vorliegende Bachelorarbeit entstand im Rahmen meines Studiums der Sozialen Arbeit an der Fachhochschule Nordwestschweiz. Sie beschäftigt sich mit der Frage, wie sozialpolitische Steuerungsprozesse und sozialräumliche Bedingungen den professionellen Umgang mit der lokalen Drogenszene in der Stadt Brugg beeinflussen.

Die Auseinandersetzung mit diesem Thema war für mich sowohl fachlich als auch persönlich bereichernd. Während der Recherche und Analyse wurde deutlich, wie komplex die Wechselwirkungen zwischen Sozialpolitik, öffentlichem Raum, Sicherheit und sozialer Unterstützung sind. Gleichzeitig zeigte sich, wie unterschiedlich dieselbe Situation von verschiedenen AkteurInnen wahrgenommen und bearbeitet wird. Diese Erkenntnisse haben mein Verständnis für sozialräumliche Zusammenhänge und die Herausforderungen professionellen Handelns in diesem Feld nachhaltig erweitert.

Mein besonderer Dank gilt den Interviewpartner der Stadtpolizei Brugg sowie der mobilen Gassenarbeit HOPE. Durch ihre Offenheit, ihre Bereitschaft zur Teilnahme und die Einblicke in ihre tägliche Arbeit haben sie wesentlich zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen. Die Gespräche ermöglichten einen differenzierten Blick auf die Situation in Brugg und lieferten wertvolle Perspektiven, welche die Grundlage dieser Untersuchung bilden.

Ein weiterer grosser Dank gilt meinem Begleitdozenten Dr. Christian Reutlinger. Seine fachlichen Anregungen, kritischen Rückfragen und seine Unterstützung während des gesamten Forschungsprozesses haben wesentlich dazu beigetragen, die Arbeit weiterzuentwickeln und den Blick für sozialräumliche Zusammenhänge zu schärfen.

Ebenso danke ich allen Personen, die mich während der Entstehung dieser Arbeit begleitet, unterstützt und ermutigt haben.

1. Einleitung

a. Ausgangslage und Problemstellung

Die heutige Schweizer Suchtpolitik basiert auf dem Vier-Säulen-Prinzip aus Prävention, Therapie, Schadensminderung und Repression. Dieses ist seit 2011 im Betäubungsmittelgesetz verankert und bildet den grundlegenden Orientierungsrahmen für Bund, Kantone und Gemeinden im Umgang mit Suchterkrankungen und deren gesellschaftlichen Folgen (vgl. BAG).

In der Stadt Brugg spitzte sich die Situation rund um die lokale Drogenszene im Herbst 2023 deutlich zu. Gemäss der Bedarfsanalyse von Infodrog hielten sich zeitweise bis zu 40 Personen regelmässig im Umfeld von Bahnhof und Neumarktplatz auf. Die zunehmende Sichtbarkeit der Szene führte zu politischen Diskussionen, parlamentarischen Vorstössen sowie zur Einsetzung der Arbeitsgruppe «Sicherheit am Bahnhof» (vgl. Infodrog; Arbeitsgruppe Sicherheit am Bahnhof 2024).

In der Folge wurden verschiedene Massnahmen diskutiert beziehungsweise umgesetzt. Dazu zählen die Einführung und Weiterführung privater Sicherheitspatrouillen, ein temporäres Alkoholverbot auf dem Neumarktplatz sowie Planungen zur Neugestaltung des öffentlichen Raums rund um Bahnhof und Neumarktplatz (vgl. ebd.; Stadtrat Brugg 2025; Geissmann 2025). Die öffentliche Diskussion verdeutlicht, dass dabei unterschiedliche Zielsetzungen aufeinandertreffen. Einerseits bestehen Anliegen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, andererseits Fragen der Gesundheitsversorgung und sozialen Unterstützung von suchtbetroffenen Menschen.

Die Stadt Brugg stellt in diesem Zusammenhang ein aufschlussreiches Untersuchungsfeld dar. Die Bedarfsanalyse von Infodrog verweist auf Versorgungslücken im Bereich der Schadensminderung sowie auf einen Bedarf nach verstärkter Zusammenarbeit und Koordination zwischen den beteiligten Akteurinnen und Akteure (vgl. Infodrog 2024). Auch die Arbeitsgruppe «Sicherheit am Bahnhof» anerkennt die Empfehlung eine Kontakt- und Anlaufstelle mit Konsumraum sowie eine Notschlafstelle als notwendige Ergänzung zu repressiven Massnahmen (vgl. Arbeitsgruppe Sicherheit am Bahnhof 2024).

Vor diesem Hintergrund richtet die vorliegende Arbeit den Fokus auf die Perspektiven professioneller Akteurinnen und Akteure aus den Bereichen Polizei und aufsuchende Suchtarbeit. Im Zentrum steht dabei nicht die Drogenszene selbst, sondern die Frage, wie Fachpersonen auf diese soziale Realität reagieren und wie ihr Handeln durch sozialpolitische Steuerungsprozesse

sowie sozialräumliche Bedingungen beeinflusst wird. Untersucht werden die Wahrnehmungen, Handlungsstrategien und Handlungsspielräume der beteiligten Akteurinnen und Akteure im Umgang mit suchtbetroffenen und sozial marginalisierten Menschen im öffentlichen Raum.

b. Relevanz der Thematik

Der Umgang mit suchtbetroffenen und sozial marginalisierten Menschen im öffentlichen Raum gehört zu den wiederkehrenden Herausforderungen kommunaler Sozialpolitik. Kommunale Sozialpolitik umfasst dabei die Gestaltung und Steuerung sozialer Aufgaben auf lokaler Ebene sowie die Entwicklung von Strategien im Umgang mit sozialen Problemlagen (vgl. Zühlke 2011: 44–49). Insbesondere sichtbare Drogenszenen lösen in der Bevölkerung häufig Unsicherheiten und politische Diskussionen aus. Dies zeigt sich auch in der Stadt Brugg, wo verschiedene politische Vorstösse sowie Debatten im Einwohnerrat die Situation rund um Bahnhof und Neumarktplatz thematisierten (vgl. Ammann 2023; Barp 2023; Einwohnerrat Brugg 2023; Einwohnerrat Brugg 2024). Kommunen stehen dadurch vor der Aufgabe, unterschiedliche gesellschaftliche Erwartungen auszubalancieren und tragfähige Lösungen für komplexe soziale Problemlagen zu entwickeln.

Für die Soziale Arbeit besitzt diese Thematik eine besondere Bedeutung. Fachpersonen bewegen sich im Spannungsfeld zwischen Unterstützung, Beratung, Schadensminderung und gesellschaftlichen Kontrollaufträgen. Gleichzeitig sind sie mit politischen, institutionellen und sozialräumlichen Rahmenbedingungen konfrontiert, welche ihre Handlungsmöglichkeiten beeinflussen. Die Ausgestaltung kommunaler Strategien, die Verfügbarkeit von Unterstützungsangeboten sowie die Zusammenarbeit verschiedener Akteurinnen und Akteure prägen wesentlich, wie Unterstützung für suchtbetroffene Menschen konkret umgesetzt werden kann. Die Untersuchung dieser Zusammenhänge ermöglicht einen vertieften Einblick in die Bedingungen professionellen Handelns im kommunalen Kontext.

Auch aus wissenschaftlicher Sicht erscheint die Fragestellung relevant. Die Schweizer Suchtpolitik sowie einzelne Aspekte offener Drogenszenen wurden bereits in unterschiedlichen Zusammenhängen untersucht. Weniger Aufmerksamkeit erhielt bislang jedoch die Frage, wie sozialpolitische Steuerungsprozesse, sozialräumliche Bedingungen, professionelles Handeln und lokale Drogenszenen zusammenwirken. Gerade auf kommunaler Ebene entstehen konkrete Aushandlungsprozesse zwischen politischen Zielsetzungen, ordnungspolitischen Interessen,

räumlichen Gegebenheiten und professionellen Handlungsperspektiven. Wie diese Faktoren den Umgang mit einer lokalen Drogenszene beeinflussen, ist bislang nur begrenzt erforscht.

Darüber hinaus erscheint die Untersuchung solcher Wechselwirkungen auch deshalb bedeutsam, denn gesellschaftliche Problemlagen nicht isoliert entstehen oder bearbeitet werden. Sozialpolitik, Sozialraum, professionelle Praxis und die Lebenslagen der betroffenen Menschen stehen in einem wechselseitigen Verhältnis und beeinflussen sich gegenseitig. Gesellschaftliche Steuerungs- und Unterstützungsprozesse können somit als Teil eines dynamischen Systems verstanden werden, in dem Veränderungen eines Bereichs Auswirkungen auf andere Bereiche haben. Das Verständnis solcher Zusammenhänge ermöglicht es, Wirkmechanismen und Dynamiken sichtbar zu machen, welche den professionellen Umgang mit sozialen Problemlagen mitprägen und die Handlungsmöglichkeiten von Fachpersonen beeinflussen.

Die Stadt Brugg stellt hierfür ein aufschlussreiches Fallbeispiel dar. Die Bedarfsanalyse von Infodrog verweist auf Versorgungslücken im Bereich der Schadensminderung sowie auf einen Bedarf nach verstärkter Zusammenarbeit und Koordination zwischen den beteiligten Akteurinnen und Akteuren (vgl. Infodrog 2024). Auch die Arbeitsgruppe «Sicherheit am Bahnhof» empfiehlt eine Kontakt- und Anlaufstelle mit Konsumraum sowie eine Notschlafstelle als notwendige Ergänzung zu repressiven Massnahmen (vgl. Arbeitsgruppe Sicherheit am Bahnhof 2024). Für die Stadt Brugg liegen zwar einzelne Berichte, politische Vorstösse und Bedarfsanalysen vor, bislang fehlt jedoch eine Untersuchung, welche die Perspektiven beteiligter Fachpersonen mit den sozialpolitischen und sozialräumlichen Rahmenbedingungen systematisch in Beziehung setzt.

Die vorliegende Arbeit trägt dazu bei, die lokale Umsetzung kommunaler Suchtpolitik aus der Perspektive professioneller Akteurinnen und Akteure sichtbar zu machen. Durch die Verbindung von ExpertInneninterviews und Dokumentenanalyse werden professionelle Perspektiven auf kommunale Sozialpolitik sichtbar gemacht und in ihren sozialräumlichen Kontext eingeordnet. Die gewonnenen Erkenntnisse können dazu beitragen, bestehende Herausforderungen besser zu verstehen und Anhaltspunkte für die Weiterentwicklung kommunaler Strategien im Umgang mit suchtbetroffenen und marginalisierten Menschen zu liefern.

c. Zielsetzung und Forschungsfrage

Ziel dieser Bachelorarbeit ist es, zu untersuchen, wie sozialpolitische Steuerungsprozesse und sozialräumliche Bedingungen den professionellen Umgang mit der lokalen Drogenszene in der Stadt Brugg beeinflussen. Im Mittelpunkt stehen dabei die Perspektiven von Fachpersonen, die

im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit mit den Herausforderungen der lokalen Drogenszene konfrontiert sind. Von besonderem Interesse ist die Frage, wie diese Akteurinnen und Akteure bestehende Strukturen, Handlungsmöglichkeiten und Herausforderungen wahrnehmen und welche Spannungsfelder sich daraus für ihre Praxis ergeben.

Die Untersuchung verfolgt nicht das Ziel, einzelne Institutionen oder politische Entscheidungen zu bewerten. Vielmehr soll ein vertieftes Verständnis dafür gewonnen werden, wie sozialpolitische Steuerungsprozesse, sozialräumliche Bedingungen und professionelles Handeln zusammenwirken. Dadurch sollen Wechselwirkungen und Dynamiken sichtbar gemacht werden, welche den Umgang mit suchtbetroffenen und sozial marginalisierten Menschen im öffentlichen Raum prägen. Die Arbeit zielt darauf ab, Zusammenhänge zwischen politischen Rahmenbedingungen, institutionellen Strukturen und professioneller Praxis herauszuarbeiten und in ihrem jeweiligen Kontext zu verstehen.

Die Untersuchung basiert auf qualitativen ExpertInnenteninterviews sowie einer Dokumentenanalyse. Die beiden Datenquellen ermöglichen es, professionelle Perspektiven mit den sozialpolitischen und sozialräumlichen Rahmenbedingungen der Stadt Brugg in Beziehung zu setzen.

Ausgehend von dieser Zielsetzung ergibt sich folgende Forschungsfrage:

Wie beeinflussen sozialpolitische Steuerungsprozesse und sozialräumliche Bedingungen in der Stadt Brugg den professionellen Umgang mit der lokalen Drogenszene?

Zur Konkretisierung werden folgende Unterfragen bearbeitet:

- Wie nehmen Fachpersonen die kommunale Sozialpolitik und deren Auswirkungen auf ihre berufliche Praxis wahr?
- Welche institutionellen und politischen Rahmenbedingungen prägen den professionellen Handlungsspielraum im Umgang mit suchtbetroffenen und marginalisierten Menschen?
- Welche Spannungsfelder zwischen Unterstützung, Schadensminderung, Kontrolle und öffentlicher Ordnung zeigen sich in der kommunalen Praxis?

- Welche ergänzenden Erkenntnisse ergeben sich aus der Analyse kommunaler und kantonaler Dokumente für das Verständnis der lokalen Situation?

d. Aufbau der Arbeit

Die vorliegende Arbeit gliedert sich in sechs Kapitel. Nach der Einleitung werden im zweiten Kapitel die theoretischen Grundlagen vorgestellt. Dabei werden die Konzepte der kommunalen Sozialpolitik, der Sozialraumorientierung, der Raumsoziologie nach Löw, der Devianz, der Schweizer Suchtpolitik mit dem Vier-Säulen-Prinzip sowie ausgewählte systemische und synergetische Perspektiven erläutert. Diese theoretischen Ansätze bilden den Bezugsrahmen für die Analyse der empirischen Ergebnisse.

Das dritte Kapitel beschreibt das methodische Vorgehen der Untersuchung. Neben dem Forschungsdesign werden die Datenerhebung mittels ExpertInneninterviews und Dokumentenanalyse sowie das Vorgehen der Datenauswertung dargestellt und begründet.

Im vierten Kapitel werden die Ergebnisse der Untersuchung präsentiert. Dabei werden sowohl die Erkenntnisse aus den Interviews als auch die Resultate der Dokumentenanalyse entlang der zentralen Auswertungskategorien dargestellt.

Das fünfte Kapitel widmet sich der Diskussion der Ergebnisse. Die Befunde werden mit den theoretischen Grundlagen in Beziehung gesetzt und im Hinblick auf die Forschungsfrage interpretiert. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf dem Zusammenspiel von sozialpolitischer Steuerung, sozialräumlichen Bedingungen sowie dem Spannungsfeld zwischen Unterstützung und Kontrolle.

Im sechsten Kapitel werden die zentralen Erkenntnisse der Arbeit zusammengefasst. Abschliessend werden Limitationen der Untersuchung reflektiert sowie mögliche Ansatzpunkte für die Praxis und weiterführende Forschung aufgezeigt.

2. Theoretischer Bezugsrahmen

a. Kommunale Sozialpolitik und Local Governance

Kommunale Sozialpolitik bildet einen zentralen Rahmen für die Bearbeitung sozialer Problemlagen auf lokaler Ebene. Kommunale Politik basiert dabei auf demokratischen Entscheidungsstrukturen, in denen der Rat als zentrales Organ der politischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung gilt (vgl. Zühlke 2011: 41). Gleichzeitig verfügen Kommunen über Handlungsspielräume hinsichtlich der Zielsetzungen und Mittel sozialpolitischer Massnahmen, auch wenn gesetzliche Vorgaben häufig den Referenzrahmen kommunalen Handelns bilden (vgl. ebd.: 44). Im Zentrum der praktischen Ratsarbeit stehen insbesondere sozialpolitische Ausschüsse, welche Massnahmen für vulnerable Gruppen entwickeln und damit wesentlich an der lokalen Ausgestaltung sozialer Unterstützung beteiligt sind (vgl. ebd.: 46).

Kommunale Sozialpolitik umfasst unterschiedliche Aufgabenbereiche. Zühlke unterscheidet zwischen freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben, Pflichtaufgaben und Pflichtaufgaben nach Weisung (vgl. ebd.: 42). Gerade freiwillige Aufgaben sind für die Bearbeitung neuer oder komplexer sozialer Problemlagen bedeutsam, stehen jedoch häufig unter besonderem finanziellem Druck. Sozialplanung kann in diesem Zusammenhang als präventives Instrument der Bedarfsanalyse verstanden werden, wird aber durch knappe Ressourcen begrenzt (vgl. ebd.: 47). Kommunale Sozialpolitik bewegt sich daher in einem Spannungsfeld zwischen fachlichem Bedarf, politischen Prioritäten und finanziellen Handlungsspielräumen.

Für die Schweiz ist zudem die föderale Organisation sozialpolitischer Aufgaben von besonderer Bedeutung. Wagner beschreibt die Schweizer Sozialpolitik als stark föderalistisch geprägt. Während der Bund insbesondere für die grossen Sozialversicherungen zuständig ist, liegen Aufgaben wie Sozialhilfe oder verschiedene Unterstützungsangebote primär in der Verantwortung von Kantonen und Gemeinden (vgl. Wagner 1985: 228, 236). Grundlage hierfür bildet das Subsidiaritätsprinzip, wonach gesellschaftliche Aufgaben möglichst auf jener Ebene bearbeitet werden sollen, die den betroffenen Personen am nächsten steht (vgl. ebd.: 231). Sozialpolitik wird dabei nicht ausschliesslich als Verteilung von Ressourcen verstanden. Im Sinne eines erweiterten Verständnisses sozialer Lebenslagen umfasst sie auch materielle und immaterielle Aspekte wie gesellschaftliche Teilhabe, Einflussmöglichkeiten und Lebensqualität (vgl. ebd.: 22f.). Ein weiteres Merkmal der Schweizer Sozialpolitik ist die bedeutende Rolle privater und gemeinnütziger Trägerschaften. Neben staatlichen Institutionen übernehmen auch Vereine, Stiftungen, kirchliche Organisationen und weitere private AkteurInnen sozialpolitische Aufgaben und tragen zur sozialen

Sicherung bei (vgl. ebd.: 28, 35). Die Bearbeitung sozialer Problemlagen erfolgt somit häufig im Zusammenspiel öffentlicher und nichtstaatlicher AkteurInnen.

Grohs und Reiter beschreiben kommunale Sozialpolitik ebenfalls als ein Handlungsfeld, das durch steigende Anforderungen und begrenzte Ressourcen geprägt ist. Sozialpolitik stellt aus ihrer Sicht ein zentrales Feld kommunalen Handelns dar, da Kommunen in hohem Mass für soziale Leistungen und entsprechende Infrastrukturen verantwortlich sind (vgl. Grohs/Reiter 2014: 7). Gleichzeitig stehen Kommunen vor dem Dilemma steigender Anforderungen bei schrumpfenden finanziellen Spielräumen (vgl. ebd.: 17). Die starke sektorale Gliederung kommunaler Verwaltung kann zudem die Bearbeitung von Querschnittsthemen erschweren, da soziale Problemlagen häufig nicht eindeutig einem einzelnen Zuständigkeitsbereich zugeordnet werden können (vgl. ebd.: 10).

Vor diesem Hintergrund unterscheiden Grohs und Reiter verschiedene kommunalpolitische Strategien. Konsolidierungsstrategien zielen primär auf Budgetkürzungen und Einsparungen, während Managementstrategien versuchen, bestehende Politiken durch Steuerungs- und Managementtechniken wirksamer zu gestalten (vgl. ebd.: 36ff.). Fachliche Modernisierungsstrategien setzen hingegen auf gezielte Investitionen in als besonders relevant betrachtete soziale Handlungsfelder (vgl. ebd.). Welche Strategie vor Ort verfolgt wird, hängt wesentlich von lokalen Akteurskonstellationen, politischen Prioritäten und institutionellen Entscheidungsstrukturen ab (vgl. ebd.: 39f.).

Eine wichtige Rolle spielen dabei Sozialplanung, Sozialberichterstattung und Governance-Ansätze. Sozialplanung hat sich von einer reinen Bestandsaufnahme zu einem Instrument der Steuerungsunterstützung entwickelt, das Effektivität und Effizienz im Sozialbereich sichern soll (vgl. Burmester 2011: 306f.). Sozialberichterstattung bildet dabei eine empirische Grundlage, um Handlungsbedarfe anhand sozialer Lebenslagen zu identifizieren (vgl. ebd.: 308). Gleichzeitig verweisen Governance-Ansätze darauf, dass kommunale Sozialpolitik nicht allein durch staatliche Institutionen umgesetzt wird. Vielmehr gewinnen Vernetzung, Partizipation sowie die Einbindung zivilgesellschaftlicher und privater Akteure an Bedeutung (vgl. Grohs/Reiter 2014: 33f.).

Für die vorliegende Arbeit ist diese Perspektive bedeutsam, da soziale Problemlagen nicht allein als individuelle Schwierigkeiten verstanden werden, sondern immer auch Ergebnis politischer Entscheidungen, institutioneller Zuständigkeiten und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen sind. Kommunale Sozialpolitik beeinflusst somit, welche Problemlagen als relevant wahrgenommen werden, welche Ressourcen für deren Bearbeitung zur Verfügung stehen und welche Handlungsstrategien verfolgt werden. Gleichzeitig wird deutlich, dass soziale

Herausforderungen nicht losgelöst von ihrem räumlichen Kontext betrachtet werden können. Die Frage, wo soziale Problemlagen sichtbar werden, wie öffentliche Räume genutzt werden und welche Bedeutung räumliche Strukturen für gesellschaftliche Teilhabe besitzen, führt zum folgenden Kapitel über Sozialraum und Raumsoziologie.

b. Raumsoziologische Perspektiven auf öffentliche Räume

Für das Verständnis öffentlicher Drogenszenen ist eine raumsoziologische Perspektive von besonderer Bedeutung. Die vorliegende Arbeit geht davon aus, dass öffentliche Räume nicht lediglich physische Orte darstellen, sondern sozial hergestellt, genutzt und fortlaufend verändert werden. Einen zentralen theoretischen Bezugspunkt bildet dabei die Raumsoziologie von Löw.

Nach Löw, Steets und Stoetzer basiert die Konstitution von Raum auf den Prozessen des Spacing und der Syntheseleistung (vgl. Löw et al. 2008: 64). Spacing bezeichnet das Platzieren von Menschen, sozialen Gütern oder symbolischen Markierungen, während Syntheseleistungen jene Wahrnehmungs-, Vorstellungs- und Erinnerungsprozesse beschreiben, durch welche diese Elemente zu einem Raum zusammengeführt werden (vgl. ebd.). Raum ist somit kein statischer Behälter, sondern ein fortlaufender sozialer Herstellungsprozess. Die AutorInnen betonen zudem, dass Räume stets mit gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen verbunden sind. Zugangsmöglichkeiten, Ausschlüsse und Nutzungschancen werden in räumlichen Aushandlungsprozessen hergestellt und reproduziert (vgl. ebd.: 65). Mit dem sogenannten Spatial Turn hat sich deshalb ein Verständnis von Raum etabliert, das diesen nicht mehr als neutrale Kulisse, sondern als grundlegende und prozesshafte Dimension sozialen Lebens begreift (vgl. ebd.: 66).

Ergänzend beschreibt Löw Raum als relationale (An-)Ordnung von Menschen und sozialen Gütern. Räumliche Strukturen entstehen durch wiederkehrende soziale Praktiken und werden durch alltägliches Handeln fortlaufend reproduziert (vgl. Löw 2019: 166). Gleichzeitig wirken sie als Regeln und Ressourcen auf das Handeln zurück, indem sie bestimmte Nutzungsformen ermöglichen und andere begrenzen (vgl. ebd.: 167). Räume sind somit nicht nur Ergebnis sozialen Handelns, sondern beeinflussen dieses gleichzeitig.

An diese Überlegungen knüpfen Kessl und Reutlinger an. Sie kritisieren traditionelle Vorstellungen von Raum als statischem Behälter und verstehen Sozialräume stattdessen als fortlaufend produzierte Gewebe sozialer Praktiken (vgl. Kessl/Reutlinger 2010: 8, 22). Die Autoren beschreiben die gegenwärtige gesellschaftliche Entwicklung als «Epoche des Raumes» und

weisen darauf hin, dass professionelles Handeln eine systematische Kontextualisierung sozialer Problemlagen erfordert (vgl. ebd.: 7, 13). Soziale Herausforderungen können demnach nicht losgelöst von den räumlichen, institutionellen und gesellschaftlichen Bedingungen betrachtet werden, in denen sie entstehen und sichtbar werden. Sozialraumorientierung richtet ihren Blick deshalb nicht ausschliesslich auf individuelle Problemlagen, sondern auf die Wechselwirkungen zwischen Menschen, ihrem Lebensumfeld und den vorhandenen Ressourcen eines Sozialraums (vgl. ebd.: 39, 44).

Diese Perspektive ermöglicht es, öffentliche Drogenszenen nicht ausschliesslich als Ansammlungen konsumierender Personen zu betrachten. Vielmehr können die betreffenden Orte als sozial produzierte Räume verstanden werden, deren Bedeutung durch soziale Beziehungen, institutionelle Strukturen, politische Entscheidungen und gesellschaftliche Zuschreibungen geprägt wird. Die Frage, weshalb sich Szenen an bestimmten Orten etablieren und weshalb sie dort bestehen bleiben, kann aus dieser Sichtweise nicht allein durch individuelle Merkmale der beteiligten Personen beantwortet werden, sondern erfordert die Betrachtung räumlicher und sozialer Zusammenhänge.

Eine weitere wichtige Perspektive liefert Deinet mit seinem Aneignungskonzept. Sozialräume werden dabei nicht primär als administrative Planungsräume verstanden, sondern als Aneignungsräume, die durch die subjektiven Erfahrungen und Handlungen ihrer Nutzer geprägt werden (vgl. Deinet et al. 2006: 44). Raum wird nicht als statischer Container betrachtet, sondern als prozesshaftes Ergebnis menschlichen Handelns (vgl. ebd.). Im Zentrum steht die aktive Auseinandersetzung von Menschen mit ihrer Umwelt. Aneignung beschreibt den Prozess, durch den sich Individuen Räume, Orte und Symbole aktiv zu eigen machen und diese entsprechend ihrer Bedürfnisse nutzen, verändern oder mit neuen Bedeutungen versehen (vgl. ebd.: 50, 60).

Sozialräume stellen zugleich wichtige Orte informellen Lernens dar. Menschen erwerben dort Kompetenzen, Handlungsmöglichkeiten und Orientierungswissen ausserhalb formeller Institutionen (vgl. ebd.: 52). Für die Soziale Arbeit bedeutet dies, dass Sozialräume nicht ausschliesslich als Orte sozialer Problemlagen verstanden werden dürfen, sondern ebenso als Räume von Ressourcen, Lernprozessen und sozialer Teilhabe. Deinet greift zudem die Raumsoziologie von Löw auf und verweist darauf, dass Räume durch die Prozesse des Spacing und der Syntheseleistung konstituiert werden (vgl. ebd.: 55f.). Dadurch wird deutlich, dass Sozialräume fortlaufend hergestellt und verändert werden. Gleichzeitig warnt Deinet vor der pauschalen Etikettierung bestimmter Quartiere als «soziale Brennpunkte», da solche

Zuschreibungen zu Stigmatisierungs- und Ausgrenzungsprozessen beitragen können (vgl. ebd.: 45).

Knopp erweitert diese Perspektive um eine explizit sozialarbeiterische Dimension. Sozialräumliche Ansätze verfolgen das Ziel, soziale Probleme nicht zu individualisieren, sondern die räumlichen und gesellschaftlichen Bedingungen in den Blick zu nehmen, welche Problemlagen hervorbringen oder verstärken (vgl. Knopp 2020: 93f.). Sozialraumorientierung knüpft dabei an Traditionen der Gemeinwesenarbeit an und versteht Menschen als aktive Gestalter ihrer Lebenswelt (vgl. ebd.: 93). Eine zentrale Aufgabe Sozialer Arbeit besteht darin, Sozialraumkompetenz zu fördern und Menschen dabei zu unterstützen, vorhandene Ressourcen zu erkennen und zu nutzen (vgl. ebd.: 95). Gleichzeitig weist Knopp darauf hin, dass professionelles Handeln nicht beim Quartier enden darf. Soziale Arbeit besitzt ein politisches Mandat und muss sich auch in stadtpolitische Aushandlungsprozesse um Ressourcen, Teilhabe und soziale Gerechtigkeit einbringen (vgl. ebd.: 96).

Diese politische Dimension sozialräumlicher Arbeit wird auch von Deinet, Herriger, Knopp und Eickhoff hervorgehoben. Sozialraumorientierte Arbeit versteht den Sozialraum nicht primär als Problemraum, sondern als Ressource. Im Zentrum stehen die Potenziale der Bewohnerschaft, lokale Netzwerke sowie vorhandene soziale Infrastrukturen, welche für kollektive Gestaltungs- und Unterstützungsprozesse genutzt werden können (vgl. Deinet et al. 2006: 45f.). Professionelle Fachkräfte übernehmen dabei die Rolle von Vermittler zwischen den Lebenswelten der Bevölkerung und den Strukturen von Politik und Verwaltung. Sie agieren als Ressourcendiagnostiker, Dialogmanager und Brückenbauer zwischen unterschiedlichen Akteursgruppen (vgl. ebd.: 73ff.). Das soziale Milieu und die Nachbarschaft werden dabei als wichtige Felder von Selbstorganisation und Solidarität verstanden, deren Potenziale durch professionelle Arbeit gestärkt werden können (vgl. ebd.). Gleichzeitig wird betont, dass Soziale Arbeit über klassische Einzelfallhilfe hinausgehen und sich aktiv in lokale Entwicklungs- und Gestaltungsprozesse einbringen muss (vgl. ebd.: 70f.).

Auch Krummacher verweist darauf, dass sozialräumliche Herausforderungen nicht isoliert bearbeitet werden können. Räumliche Ungleichheiten entstehen häufig dort, wo soziale Benachteiligungen räumlich konzentriert werden. Sozialräumliche Arbeit zielt deshalb darauf ab, unterschiedliche Politikbereiche, Institutionen und zivilgesellschaftliche Akteur miteinander zu vernetzen und gemeinsame Lösungsansätze zu entwickeln (vgl. Krummacher 2011: 318, 322). Die Bearbeitung komplexer sozialer Problemlagen erfordert demnach integrierte Strategien, welche soziale, politische und räumliche Perspektiven miteinander verbinden. Sozialräumliche

Arbeit wird dadurch zu einer Schnittstelle zwischen Sozialpolitik, Stadtentwicklung und professioneller Praxis.

Aus dieser Perspektive können öffentliche Drogenszenen nicht ausschliesslich als individuelles oder ordnungspolitisches Problem verstanden werden. Sie sind vielmehr Ausdruck sozialräumlicher Prozesse, die durch das Zusammenspiel räumlicher Bedingungen, institutioneller Strukturen, politischer Entscheidungen und sozialer Beziehungen entstehen und fortbestehen. Die raumsoziologische Perspektive eröffnet damit einen differenzierten Zugang zur Entstehung, Stabilisierung und Bearbeitung öffentlicher Szenen. Professionelle Interventionen richten sich folglich nicht allein auf einzelne Personen, sondern beziehen stets auch die Gestaltung und Entwicklung öffentlicher Räume mit ein.

Wenn Räume sowohl Orte des Konsums als auch Orte sozialer Unterstützung, gesellschaftlicher Teilhabe und öffentlicher Kontrolle sind, stellt sich die Frage, welche politischen und fachlichen Ansätze geeignet sind, um mit diesen komplexen Bedingungen umzugehen. An dieser Stelle knüpft das folgende Kapitel zur Schweizer Suchtpolitik und zur Schadensminderung an.

c. Schweizer Suchtpolitik und Schadensminderung

Die heutige Schweizer Suchtpolitik basiert auf einem umfassenden Verständnis von Sucht als biopsychosoziales Phänomen. Sucht wird als komplexes Krankheitsbild verstanden, das durch ein zwanghaftes Verhalten trotz negativer Konsequenzen gekennzeichnet ist und durch das Zusammenwirken biologischer, psychischer und sozialer Faktoren entsteht (vgl. BAG 2015: 12–13). Entsprechend verfolgt die Nationale Strategie Sucht einen ganzheitlichen Ansatz, der sowohl individuelle Verhaltensweisen als auch gesellschaftliche Rahmenbedingungen berücksichtigt (vgl. ebd.: 46f.). Dabei wird ein Gleichgewicht zwischen individueller Eigenverantwortung und staatlicher Unterstützung angestrebt. Einerseits sollen Menschen in ihrer Gesundheitskompetenz gestärkt werden, andererseits sollen gesundheitsförderliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, welche insbesondere vulnerable Bevölkerungsgruppen unterstützen (vgl. ebd.).

Die übergeordneten Ziele der Strategie bestehen darin, Suchterkrankungen zu verhindern, betroffenen Menschen notwendige Hilfe bereitzustellen, gesundheitliche und soziale Schäden zu vermindern sowie negative Auswirkungen auf die Gesellschaft zu reduzieren (vgl. ebd.: 5, 49). Eine zentrale Grundlage der Schweizer Suchtpolitik bildet das Vier-Säulen-Modell. Die Nationale Strategie Sucht übernimmt dieses bewährte Modell und ergänzt es durch die vier Querschnittsaufgaben Koordination und Kooperation, Wissen, Sensibilisierung und Information

sowie internationale Politik (vgl. ebd.: 52–66). Die vier zentralen Handlungsfelder umfassen Gesundheitsförderung, Prävention und Früherkennung, Therapie und Beratung, Schadensminderung sowie Regulierung und Vollzug (vgl. ebd.). Die kantonale Strategie Sucht Aargau konkretisiert diese Grundsätze für den Zeitraum bis 2030. Sie verweist darauf, dass insbesondere im Bereich der Schadensminderung weiterhin erhebliche Versorgungslücken bestehen, vor allem im Zusammenhang mit dem Konsum im öffentlichen Raum. Entsprechend wird die Entlastung öffentlicher Räume, die Stärkung der Früherkennung sowie eine bessere Koordination zwischen den beteiligten Akteuren als zentrale Handlungsschwerpunkte definiert (vgl. Kanton Aargau 2025: 7).

In diesem Kontext ist insbesondere die Schadensminderung von Bedeutung. Dieser Ansatz geht davon aus, dass ein Teil der betroffenen Personen trotz bestehender Hilfsangebote weiterhin psychoaktive Substanzen konsumiert. Ziel ist deshalb nicht primär die Abstinenz, sondern die Verringerung gesundheitlicher und sozialer Schäden. Die Schadensminderung umfasst insbesondere Überlebenshilfe, die Stabilisierung des Gesundheitszustands sowie die Verhinderung sozialer Desintegration (vgl. BAG: 56). Im Zentrum stehen niederschwellige Angebote, welche den Zugang zu Unterstützung auch für Personen ermöglichen, die bestehende Therapie- oder Beratungsangebote nicht oder noch nicht nutzen können. Die kantonale Strategie konkretisiert diesen Ansatz durch den geplanten Ausbau aufsuchender Suchtarbeit, von Kontakt- und Anlaufstellen mit Konsummöglichkeiten sowie von Drug-Checking-Angeboten. Ziel ist es, den niederschwelligen Zugang zur Suchthilfe zu verbessern und gesundheitliche Schäden frühzeitig zu reduzieren (vgl. Kanton Aargau 2025: 11).

Die Nationale Strategie Sucht verdeutlicht damit, dass Sucht nicht ausschliesslich als individuelles Gesundheitsproblem verstanden wird. Vielmehr werden gesundheitliche, soziale und gesellschaftliche Folgen berücksichtigt, welche koordinierte und langfristige Massnahmen erforderlich machen (vgl. BAG: 37f., 46–49). Die Strategie verweist darauf, dass Suchterkrankungen erhebliche Auswirkungen auf die betroffenen Personen, deren soziales Umfeld sowie auf gesellschaftliche Systeme haben können (vgl. ebd.: 37f.).

Die Umsetzung suchtpolitischer Ziele erfolgt wesentlich durch Fachpersonen verschiedener Disziplinen. Aus Sicht der Lebensweltorientierung steht dabei die Unterstützung von Menschen bei der Bewältigung ihrer alltäglichen Herausforderungen im Vordergrund. Professionelles Handeln orientiert sich an den konkreten Lebenslagen, Ressourcen und Handlungsmöglichkeiten der Betroffenen und zielt darauf ab, deren psychosoziale Handlungsfähigkeit zu stärken (vgl. Mack 2020: 262–266). Suchterkrankungen kann, hierbei thematisch übertragen, nicht isoliert betrachtet

werden, sondern im Zusammenhang mit den sozialen und strukturellen Bedingungen verstanden, unter denen Menschen ihren Alltag gestalten und bewältigen müssen (vgl. ebd.).

Die Schweizer Suchtpolitik verdeutlicht somit, dass der Umgang mit Suchterkrankungen und öffentlichen Drogenszenen nicht ausschliesslich über Kontrolle und Repression erfolgt. Vielmehr werden gesundheitliche, soziale und gesellschaftliche Aspekte gemeinsam berücksichtigt. Daraus ergibt sich für Fachpersonen die Herausforderung, zwischen Unterstützung, Gesundheitsförderung, öffentlicher Ordnung und gesellschaftlichen Erwartungen zu vermitteln. Die verschiedenen suchtpolitischen Ansätze bilden damit einen wichtigen Bezugsrahmen für die Analyse des professionellen Umgangs mit suchtbetroffenen Menschen im öffentlichen Raum.

Besonders deutlich werden diese Spannungsfelder dort, wo unterschiedliche Interessen von Betroffenen, Fachpersonen, Politik und Bevölkerung aufeinandertreffen. Die Frage, wie solche Herausforderungen auf lokaler Ebene bearbeitet werden und welche Rolle sozialpolitische sowie sozialräumliche Rahmenbedingungen dabei spielen, bildet den Ausgangspunkt der vorliegenden Untersuchung. Das folgende Kapitel widmet sich deshalb der Frage, wie gesellschaftliche Problemlagen entstehen, wie bestimmte Verhaltensweisen als deviant eingeordnet werden und welche Bedeutung gesellschaftliche Zuschreibungen für den Umgang mit öffentlichen Drogenszenen besitzen.

d. Devianz und gesellschaftliche Problemkonstruktion

Die Wahrnehmung sozialer Problemlagen erfolgt nicht ausschliesslich auf Grundlage objektiv beobachtbarer Gegebenheiten, sondern wird wesentlich durch gesellschaftliche Deutungs- und Zuschreibungsprozesse geprägt. Kessl und Reutlinger weisen darauf hin, dass soziale Probleme nicht unabhängig von gesellschaftlichen Wahrnehmungen und Deutungen verstanden werden können, sondern stets in spezifischen sozialen und räumlichen Kontexten entstehen und interpretiert werden (vgl. Kessl/Reutlinger 2010: 31). Für die vorliegende Arbeit ist deshalb die Perspektive der Devianz von besonderer Bedeutung.

Dollinger, Heppchen und Schirmer definieren Devianz als Verhalten, das gegen sozial definierte Normen und Standards verstösst (vgl. Dollinger et al. 2020: 391f.). Dabei ist Devianz keine objektive Eigenschaft einer Handlung oder Person. Vielmehr entsteht sie erst durch gesellschaftliche Prozesse der Wahrnehmung, Bewertung und Zuschreibung. Normen konstituieren somit überhaupt erst die Möglichkeit, Verhalten als abweichend wahrzunehmen (vgl. ebd. 392). Ob ein Verhalten als problematisch gilt, hängt folglich nicht allein von der Handlung

selbst ab, sondern ebenso von den gesellschaftlichen Erwartungen und Wertvorstellungen, an denen es gemessen wird.

Aus dieser Perspektive sind Devianzzuschreibungen stets sozial konstruiert. Unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen und Institutionen können dasselbe Verhalten unterschiedlich bewerten. Die Wahrnehmung von Abweichung ist deshalb eng mit den jeweiligen Deutungsmustern, Interessen und Handlungslogiken der beteiligten Akteure verbunden (vgl. ebd.: 392ff.).

Besondere Bedeutung kommt dabei Organisationen und Institutionen zu. Die AutorInnen zeigen auf, dass Institutionen eigene Regel- und Erwartungssysteme entwickeln, welche die Wahrnehmung von Devianz beeinflussen. Neben formalen Regeln bestehen häufig implizite Erwartungen und organisational verankerte Deutungsmuster, die bestimmen, welches Verhalten als störend oder abweichend wahrgenommen wird (vgl. ebd.: 396). Devianzzuschreibungen entstehen dadurch nicht allein aufgrund eines bestimmten Verhaltens, sondern auch aufgrund der jeweiligen organisationalen Eigenlogik, innerhalb derer dieses Verhalten bewertet wird (vgl. ebd.). Dadurch können dieselben Situationen unterschiedlich interpretiert und bewertet werden. Die jeweiligen Problemdefinitionen beeinflussen wiederum, welche Handlungsansätze als angemessen oder notwendig betrachtet werden.

Der Devianzansatz richtet den Blick darauf, dass soziale Problemlagen nicht unabhängig von gesellschaftlichen Zuschreibungen entstehen. Auch öffentliche Drogenszenen werden von verschiedenen Akteuren unterschiedlich wahrgenommen, bewertet und interpretiert. Daraus ergeben sich unterschiedliche Problemverständnisse und Handlungslogiken, die für die vorliegende Untersuchung von zentraler Bedeutung sind. Der Ansatz bildet deshalb einen geeigneten theoretischen Bezugsrahmen für die Analyse und Einordnung der Interviewaussagen.

Gleichzeitig verweist die Devianzperspektive darauf, dass die Ausweitung von Beobachtung, Bewertung und Kontrolle auch neue Möglichkeiten für Devianzzuschreibungen schafft (vgl. ebd.: 396–401). Die Frage, wie öffentliche Drogenszenen wahrgenommen werden und welche gesellschaftlichen Reaktionen daraus folgen, ist deshalb nicht allein von den beobachtbaren Phänomenen selbst abhängig, sondern ebenso von den Deutungsmustern und Handlungslogiken der beteiligten Akteure.

e. Synthese des theoretischen Bezugsrahmens

Die in dieser Arbeit vorgestellten theoretischen Perspektiven ermöglichen eine mehrdimensionale Betrachtung der Drogenszene in Brugg. Dabei wird davon ausgegangen, dass die beobachtbare Situation weder ausschliesslich auf individuelle Merkmale der beteiligten Personen noch auf einzelne politische oder institutionelle Entscheidungen zurückgeführt werden kann. Vielmehr entsteht sie im Zusammenspiel sozialpolitischer Steuerungsprozesse, sozialräumlicher Bedingungen, suchtpolitischer Leitbilder sowie gesellschaftlicher Deutungs- und Zuschreibungsprozesse.

Aus Sicht der kommunalen Sozialpolitik stellt sich die Frage, wie lokale Akteure mit einer sozialen Problemlage umgehen, für deren Bearbeitung unterschiedliche Institutionen, Zuständigkeiten und Interessen relevant sind (vgl. Dahme/Wohlfahrt 2011: 24–34). Politische Entscheidungen beeinflussen dabei, welche Ressourcen zur Verfügung stehen, welche Angebote geschaffen werden und welche Handlungsstrategien verfolgt werden. Gleichzeitig reagieren sozialpolitische Steuerungsprozesse auf Entwicklungen im Sozialraum. Sichtbare Veränderungen im öffentlichen Raum können politischen Handlungsdruck erzeugen und damit neue Massnahmen oder Kooperationen anstossen.

Die raumsoziologische Perspektive erweitert diesen Blick, indem sie die Drogenszene als sozialräumliches Phänomen begreift. Die Konzentration von Personen an bestimmten Orten erscheint aus dieser Sicht nicht zufällig, sondern steht in Zusammenhang mit der Gestaltung, Nutzung und Aneignung öffentlicher Räume (vgl. Löw 2019: 33f; Deinet et al. 2006: 44–55). Gleichzeitig wirken sozialpolitische Entscheidungen auf diese Räume zurück. Die Schaffung, Verlagerung oder das Fehlen bestimmter Angebote beeinflusst, wo sich Menschen aufhalten, welche Orte genutzt werden und wie sichtbar soziale Problemlagen im öffentlichen Raum werden.

Die Schweizer Suchtpolitik liefert einen weiteren wichtigen Bezugsrahmen. Der Ansatz der Schadensminderung verweist darauf, dass öffentliche Drogenszenen nicht losgelöst von vorhandenen Unterstützungs- und Versorgungsstrukturen betrachtet werden können (vgl. BAG 2015: 56). Die konkrete Ausgestaltung solcher Angebote ist wiederum Gegenstand politischer Entscheidungen und von verfügbaren Ressourcen abhängig. Suchtpolitische Leitbilder beeinflussen damit direkt, welche Antworten auf eine sichtbare Drogenszene als sinnvoll oder legitim betrachtet werden. Gleichzeitig können Entwicklungen im Sozialraum und neue Problemlagen dazu führen, dass bestehende Strategien hinterfragt und weiterentwickelt werden.

Die Perspektive der Devianz ergänzt diese Betrachtung um die Ebene gesellschaftlicher Wahrnehmung und Bewertung. Öffentliche Drogenszenen werden nicht allein aufgrund ihrer Existenz zum gesellschaftlichen Problem, sondern weil bestimmte Verhaltensweisen und Personengruppen als normabweichend wahrgenommen und entsprechend bewertet werden (vgl. Dollinger et al. 2020: 391f.). Diese Zuschreibungen beeinflussen wiederum politische Entscheidungen, institutionelle Strategien und gesellschaftliche Erwartungen. Welche Aspekte einer Situation als besonders problematisch erscheinen, hängt deshalb wesentlich von den Deutungsmustern der beteiligten Akteure ab (vgl. ebd.: 396).

Zwischen den einzelnen Perspektiven bestehen somit wechselseitige Beziehungen. Sozialräumliche Entwicklungen können politische Reaktionen auslösen, politische Entscheidungen verändern die Nutzung und Gestaltung von Räumen, gesellschaftliche Problemzuschreibungen beeinflussen politische Prioritäten und suchtpolitische Strategien prägen die konkreten Interventionsformen im Umgang mit der Drogenszene. Gleichzeitig wirken die daraus entstehenden Massnahmen wiederum auf den Sozialraum sowie auf die öffentliche Wahrnehmung der Situation zurück.

Für die vorliegende Untersuchung bedeutet dies, dass die Drogenszene in Brugg als Ergebnis eines dynamischen Wechselspiels verschiedener Einflussfaktoren verstanden wird. Der theoretische Bezugsrahmen dient somit als Grundlage, um die unterschiedlichen Perspektiven der befragten Fachpersonen nicht isoliert zu betrachten, sondern in ihren sozialpolitischen, sozialräumlichen und gesellschaftlichen Zusammenhängen zu analysieren. Dadurch wird es möglich, die Wechselwirkungen zwischen Steuerung, Raum, Suchtpolitik und Problemwahrnehmung sichtbar zu machen und deren Einfluss auf den professionellen Umgang mit der lokalen Drogenszene zu untersuchen.

3. Forschungsmethode

a. Forschungsdesign

Zur Beantwortung der Forschungsfrage wurde ein qualitatives Forschungsdesign gewählt. Qualitative Forschung zielt darauf ab, subjektive Sichtweisen und Sinnzusammenhänge zu rekonstruieren. Im Gegensatz zu standardisierten Verfahren steht dabei nicht die Messung einzelner Variablen im Vordergrund, sondern das Verstehen sozialer Wirklichkeit aus der Perspektive der beteiligten Akteure (vgl. Helfferich 2009: 21). Soziale Wirklichkeit wird dabei nicht als objektiv gegeben verstanden, sondern als etwas, das in sozialen Interaktionen fortlaufend hergestellt und interpretiert wird (vgl. ebd.: 22).

Qualitative Forschung eignet sich insbesondere für Fragestellungen, welche auf die Rekonstruktion komplexer sozialer Zusammenhänge und subjektiver Deutungsmuster abzielen. Grundlage bilden die Prinzipien der Kommunikation, Offenheit, Fremdheit und Reflexivität (vgl. ebd.: 24f.). Interviews werden somit als kommunikative Prozesse verstanden, in denen Wissen gemeinsam erzeugt wird. Gleichzeitig soll den Befragten genügend Raum gegeben werden, eigene Relevanzsetzungen und Sichtweisen einzubringen.

Die Wahl der Forschungsmethode orientierte sich am Prinzip der Gegenstandsangemessenheit. Dieses besagt, dass die Methode dem Untersuchungsgegenstand entsprechen muss (vgl. ebd.: 26). Da professionelle Wahrnehmungen, institutionelle Zusammenhänge und lokale Handlungslogiken im Zentrum stehen, wurden leitfadengestützte ExpertInneninterviews mit einer Dokumentenanalyse kombiniert.

Die Durchführung qualitativer Interviews wird nicht als rein technischer Vorgang verstanden, sondern als interaktiver Prozess zwischen Interviewer und befragter Person. Für das Gelingen eines Interviews sind sowohl die Gestaltung des Settings als auch die Schaffung einer vertrauensvollen Gesprächsatmosphäre von zentraler Bedeutung (vgl. Herrmanns 2005: 361ff.). Die Rolle des Interviewers besteht darin, einen Rahmen zu schaffen, in dem die befragten Personen ihre Erfahrungen und Einschätzungen möglichst frei darstellen können, ohne durch vorgegebene Kategorien oder Bewertungen eingeschränkt zu werden (vgl. ebd.: 364–368).

Als zentrales Erhebungsinstrument wurden leitfadengestützte ExpertInneninterviews eingesetzt. Die Auswahl dieser Interviewform orientierte sich am Forschungsgegenstand sowie an der

Zielsetzung, professionelle Perspektiven auf den Umgang mit der lokalen Drogenszene zu erfassen. Im Rahmen dieser Untersuchung wurden Fachpersonen ausgewählt, die aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit über spezifisches Wissen zur Drogenszene in Brugg sowie zu den lokalen Handlungs- und Steuerungsprozessen verfügen.

Grundlage der Datenerhebung bildete ein eigens entwickelter Interviewleitfaden, welcher sich an der Forschungsfrage sowie den theoretischen Vorüberlegungen orientierte. Der Leitfaden wurde, nach dem von Helfferich beschriebenen Prinzip der Offenheit gestaltet und enthielt vorwiegend offene Fragen, welche den Interviewpartnerinnen und Interviewpartnern Raum für eigene Schwerpunktsetzungen ermöglichten (vgl. Helfferich 2009: 24f.). Um Transparenz zu schaffen und den befragten Fachpersonen eine inhaltliche Vorbereitung zu ermöglichen, wurde den angefragten Personen bereits im Vorfeld eine Kurzversion des Leitfadens mit den zentralen Themenbereichen zugestellt. Der vollständige Interviewleitfaden befindet sich im Anhang.

Ergänzend zu den Interviews erfolgte eine Analyse relevanter Dokumente. Berücksichtigt wurden insbesondere politische Strategiepapiere, Fachberichte, Medienberichte sowie weitere öffentlich zugängliche Dokumente, welche Rückschlüsse auf die Entwicklung der lokalen Drogenszene sowie auf politische und institutionelle Reaktionen ermöglichen. Die Kombination verschiedener Datenquellen dient dabei einer umfassenderen Betrachtung des Untersuchungsgegenstandes und ermöglicht die Einordnung der Interviewaussagen in ihren jeweiligen Kontext.

Die konkrete Durchführung der Datenerhebung, die Auswahl der Interviewpartnerinnen und Interviewpartner sowie die Aufbereitung und Auswertung der Daten werden in den folgenden Unterkapiteln dargestellt.

b. Datenerhebung

Für die Datenerhebung waren ursprünglich Interviews mit Fachpersonen aus den Bereichen Polizei, Gassenarbeit beziehungsweise Suchthilfe, Soziale Dienste sowie Politik vorgesehen. Ziel war es, verschiedene institutionelle Perspektiven auf die Drogenszene in Brugg zu erfassen.

Im Verlauf des Frühjahrs 2026 konnten zwei ExpertInneninterviews realisiert werden. Das erste Interview wurde mit einer Fachperson der Stadtpolizei Brugg geführt, das zweite mit einer Fachperson der Gassenarbeit HOPE.

Darüber hinaus wurden weitere Interviewanfragen gestellt. Eine Anfrage an die Stadtpräsidentin der Stadt Brugg wurde zunächst positiv beantwortet. Trotz anschliessender Kontaktaufnahme zur

Terminvereinbarung kam jedoch kein Interview zustande. Auch eine Anfrage an die zuständigen Sozialen Dienste blieb unbeantwortet. Dadurch konnten die ursprünglich vorgesehenen Perspektiven aus Politik und Sozialdiensten nicht in die Datengrundlage aufgenommen werden.

Das Interview mit der Stadtpolizei wurde mit Zustimmung der befragten Person aufgezeichnet und anschliessend transkribiert. Das Gespräch mit der Fachperson von HOPE fand in den Räumlichkeiten der Gassenküche statt. Aufgrund der Gesprächssituation und der örtlichen Gegebenheiten wurde auf eine Tonaufnahme verzichtet. Stattdessen wurden während sowie unmittelbar nach dem Gespräch ausführliche Gesprächsnotizen erstellt und für die Auswertung aufbereitet.

c. Datenauswertung

Die Auswertung erfolgte themenorientiert. Grundlage bildeten das transkribierte Interview mit der Stadtpolizei sowie die aufbereiteten Gesprächsnotizen des Interviews mit der Gassenarbeit HOPE. Beide Datensätze wurden mehrfach gelesen und hinsichtlich zentraler Aussagen zur Drogenszene in Brugg analysiert.

Im Zentrum der Auswertung stand die Identifikation wiederkehrender Themen, Einschätzungen und Deutungsmuster. Relevante Aussagen wurden markiert, zusammengeführt und anschliessend thematisch gebündelt. Die Themen orientierten sich einerseits an der Forschungsfrage und den theoretischen Vorüberlegungen der Arbeit, andererseits ergaben sie sich aus den Inhalten der Interviews selbst.

Zur Strukturierung der Daten wurde folgendes Analyseraster verwendet:

Themenbereich	**Leitfragen der Auswertung**	**Bezug zur Forschungsfrage**
Wahrnehmung der Drogenszene	Wie wird die aktuelle Situation beschrieben? Welche Problemlagen werden wahrgenommen?	Problemdefinition
Ursachen der Drogenszene	Welche Faktoren werden als Ursachen oder begünstigende Bedingungen genannt?	Entstehung und Entwicklung der Szene

Sozialräumliche Bedingungen	Welche Rolle spielen öffentliche Räume, Treffpunkte und räumliche Strukturen?	Sozialräumliche Bedingungen
Professioneller Umgang	Welche Massnahmen und Handlungsstrategien werden beschrieben?	Professioneller Umgang
Zusammenarbeit der Akteure	Wie wird die Kooperation zwischen den beteiligten Institutionen wahrgenommen?	Sozialpolitische Steuerungsprozesse
Handlungsbedarf und Zukunftsperspektiven	Welche Entwicklungen, Herausforderungen und Lösungsansätze werden genannt?	Handlungsmöglichkeiten

Die analysierten Dokumente wurden ergänzend herangezogen, um Aussagen der Interviewpartner einzuordnen, Entwicklungen nachzuvollziehen und politische sowie institutionelle Zusammenhänge sichtbar zu machen. Im Vordergrund stand dabei nicht die Häufigkeit einzelner Aussagen, sondern die Rekonstruktion unterschiedlicher professioneller Sichtweisen auf die Drogenszene in Brugg sowie deren Einbettung in sozialpolitische und sozialräumliche Zusammenhänge.

d. Forschungsethische Überlegungen und Limitationen

Im Rahmen der Untersuchung wurde auf einen sorgfältigen und verantwortungsvollen Umgang mit den erhobenen Daten geachtet. Die Interviewpartner wurden über Ziel und Zweck der Untersuchung informiert und erklärten ihr Einverständnis zur Durchführung der Gespräche. Bei aufgezeichneten Interviews wurde zusätzlich das Einverständnis zur Tonaufnahme eingeholt. Personenbezogene Angaben wurden auf das für die Untersuchung notwendige Mass beschränkt.

Da die Untersuchung auf ExpertInnen- und institutionellen Perspektiven basiert, stehen persönliche Erfahrungen aus der beruflichen Praxis sowie fachliche Einschätzungen im Zentrum. Es handelt sich somit um professionelle Perspektiven, die auf individuellen Erfahrungen im

Arbeitskontext beruhen. So wurde darauf geachtet, die Aussagen respektvoll und sachgerecht darzustellen.

Die vorliegende Untersuchung weist verschiedene Limitationen auf. Ursprünglich war vorgesehen, zusätzliche Perspektiven aus Politik und Verwaltung einzubeziehen. Trotz entsprechender Kontaktaufnahmen konnten diese Interviews jedoch nicht realisiert werden. Die Ergebnisse basieren daher auf zwei ExpertInneninterviews mit Vertretern der Stadtpolizei sowie der Gassenarbeit HOPE und bilden folglich nicht das gesamte Spektrum möglicher Sichtweisen auf die Drogenszene in Brugg ab.

Ebenfalls nicht berücksichtigt wurden die Perspektiven der direkt betroffenen Konsumierenden sowie weiterer Akteure wie Anwohnende oder Gewerbetreibende. Die Untersuchung fokussiert bewusst auf professionelle Einschätzungen und erhebt daher keinen Anspruch, sämtliche Sichtweisen auf die Situation abzubilden.

Darüber hinaus handelt es sich um eine qualitative Untersuchung mit explorativem Charakter. Ziel ist nicht die statistische Verallgemeinerung der Ergebnisse, sondern die vertiefte Analyse ausgewählter professioneller Perspektiven. Die gewonnenen Erkenntnisse ermöglichen Einblicke in unterschiedliche Deutungsmuster und Handlungsvorstellungen, erheben jedoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Trotz dieser Einschränkungen ermöglicht die Untersuchung einen vertieften Einblick in die Wechselwirkungen zwischen sozialpolitischen Steuerungsprozessen, sozialräumlichen Bedingungen und professionellen Handlungslogiken. Gerade die Kombination von ExpertInneninterviews und Dokumentenanalyse erlaubt es, unterschiedliche Perspektiven auf die Drogenszene in Brugg miteinander in Beziehung zu setzen und die Forschungsfrage aus verschiedenen Blickwinkeln zu beleuchten.

4. Darstellung Ergebnisse

a. Wahrnehmung und Beschreibung der Drogenszene

Sowohl die Interviews als auch die analysierten Dokumente zeigen, dass die Drogenszene in Brugg-Windisch von den beteiligten AkteurInnen als sichtbare soziale Problemlage wahrgenommen wird. Bereits im Postulat zur Sozialraumanalyse wird auf Spannungen zwischen Menschen in prekären Lebenslagen und Passanten im Gebiet Bahnhof/Neumarktplatz hingewiesen. Gleichzeitig wird festgehalten, dass die bisher umgesetzten repressiven Massnahmen die Situation nicht nachhaltig entschärfen konnten (vgl. Ammann 2023). Auch im Rechenschaftsbericht der Einwohnergemeinde Brugg wird die Entwicklung sichtbar. Für das Jahr 2023 wird eine deutliche Zunahme der Betäubungsmittelanzeigen von 25 auf 53 Fälle ausgewiesen, welche mit der Situation im Bereich Bahnhof und Neumarktplatz in Verbindung gebracht wird. Gleichzeitig wird die Einsetzung der Arbeitsgruppe «Sicherheit am Bahnhof» dokumentiert (vgl. Stadtrat Brugg 2024 a). Die Wahrnehmung der Situation als sicherheitsrelevante Herausforderung spiegelt sich zudem in verschiedenen politischen Vorstössen wider, welche zusätzliche Sicherheitsmassnahmen oder eine verstärkte Polizeipräsenz fordern (vgl. Barp 2023; Einwohnerrat Brugg 2024).

Diese Wahrnehmung deckt sich mit den Aussagen der interviewten Fachperson der Stadtpolizei. Sie beschreibt insbesondere den Bahnhof Brugg-Windisch und den Neumarktplatz als zentrale Orte der Szenenbildung. Nach ihrer Einschätzung verschärfte sich die Situation insbesondere ab dem Spätsommer 2024 deutlich und führte zu einer verstärkten Konzentration von Personen im öffentlichen Raum. Gleichzeitig wird festgehalten, dass sich die Lage durch verschiedene Massnahmen inzwischen beruhigt habe. Die Problematik sei jedoch nicht verschwunden, sondern habe sich teilweise an andere Orte verlagert (P1, Z. 17–37).

Aus Sicht der Polizei zeigt sich die Situation insbesondere durch offenen Substanzkonsum, Konflikte zwischen verschiedenen Personengruppen sowie eine hohe Präsenz von Menschen im öffentlichen Raum. Dadurch habe sich das subjektive Sicherheitsgefühl eines Teils der Bevölkerung verändert und der Neumarktplatz sei zeitweise als unangenehmer Aufenthaltsort wahrgenommen worden (P1, Z. 251–277). Eine ähnliche Wahrnehmung findet sich in verschiedenen politischen Dokumenten wieder, welche den öffentlichen Konsum, Littering, Lärm sowie das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung wiederholt als zentrale Herausforderungen benennen (vgl. Arbeitsgruppe Sicherheit am Bahnhof 2024; Stadtrat Brugg 2024b).

Die mobile Gassenarbeit HOPE beschreibt die Situation hingegen aus einer sozialarbeiterischen Perspektive. Die interviewte Fachperson berichtet von einer bereits seit mehreren Jahren wahrnehmbaren Szenenbildung und beschreibt die Szene als heterogene Gruppe von Menschen mit unterschiedlichen Suchterkrankungen sowie vielfältigen sozialen, gesundheitlichen und psychischen Belastungen (P2-A). Im Vordergrund stehen dabei weniger Fragen der öffentlichen Ordnung als vielmehr die Lebenssituation der betroffenen Personen und deren Zugang zu Unterstützungsangeboten (P2-B).

Trotz unterschiedlicher Schwerpunktsetzungen zeigen die Interviews sowie die analysierten Dokumente ein übereinstimmendes Bild hinsichtlich der Bedeutung des Bahnhofs- und Neumarktplatzes. Beide Bereiche werden wiederholt als Zentrum der wahrgenommenen Drogenszene beschrieben und bilden den räumlichen Ausgangspunkt zahlreicher politischer, polizeilicher und sozialarbeiterischer Massnahmen (vgl. Ammann 2023; Stadtrat Brugg 2024a; Arbeitsgruppe Sicherheit am Bahnhof 2024).

Zusammenfassend zeigen die Ergebnisse, dass die Drogenszene in Brugg-Windisch von allen untersuchten AkteurInnen als reale und sichtbare Problemlage wahrgenommen wird. Während die Polizei vor allem Aspekte der öffentlichen Sicherheit und Ordnung hervorhebt, richtet die mobile Gassenarbeit ihren Fokus stärker auf die sozialen und gesundheitlichen Belastungen der betroffenen Personen. Die analysierten Dokumente bestätigen beide Perspektiven und verdeutlichen, dass sich die öffentliche und politische Wahrnehmung der Situation in den vergangenen Jahren zunehmend auf den Raum Bahnhof und Neumarktplatz konzentriert hat.

b. Ursachen und Sozialräumliche Bedingungen

Wie erwähnt ist die Wahrnehmung der Drogenszene eng mit den räumlichen Gegebenheiten des Bahnhof- und Neumarktraums verknüpft. Die befragten Fachpersonen sowie die analysierten Dokumente beschreiben verschiedene Faktoren, welche die Entwicklung der Szene im öffentlichen Raum beeinflusst haben. Dabei scheinen insbesondere infrastrukturelle Veränderungen, die Nutzung des öffentlichen Raums sowie kommunale Eingriffe in dessen Gestaltung zugrundeliegend.

Aus Sicht der Fachperson der Regionalpolizei begünstigt insbesondere die zentrale Lage des Bahnhofs die Entstehung von Treffpunkten. Durch die gute Erreichbarkeit mit dem öffentlichen Verkehr sowie die unmittelbare Nähe zur Innenstadt treffen dort unterschiedliche Personengruppen aufeinander. Neben Reisenden und Besucherinnen und Besuchern der

Innenstadt halten sich auch Personen aus der Alkohol- und Betäubungsmittelszene sowie Bewohner des Bundesasylzentrums im gleichen Raum auf. Nach Einschätzung der Polizei führt diese räumliche Verdichtung zu vermehrten sozialen Kontakten, aber auch zu Konflikten im öffentlichen Raum (P1, Z. 243–277).

Als weiterer Einflussfaktor wird die Nähe zur Substitutionsabgabestelle der Psychiatrischen Dienste Aargau (PDAG) genannt. Dort kommen täglich Personen mit Suchterkrankungen zusammen, wodurch soziale Kontakte entstehen, die sich auf die Nutzung des umliegenden öffentlichen Raums auswirken können (P1, Z. 232–239). Die mobile Gassenarbeit bestätigt diese Beobachtung und berichtet, dass sich insbesondere nach den Abgabezeiten sowie in den Abendstunden erneut Gruppen im Bahnhof- und Neumarktraum bilden (P2-D).

Beide Interviewpartner messen zudem dem ehemaligen Wurststand auf dem Neumarktplatz eine besondere Bedeutung zu. Dieser wird als langjähriger Treffpunkt der Alkoholszene beschrieben, dessen Präsenz gesellschaftlich weitgehend akzeptiert gewesen sei. Nach seiner Schliessung hätten bestehende Gruppen ihren bisherigen Bezugspunkt verloren und die Nutzung des öffentlichen Raums habe sich verändert (P1, Z. 201–210). Auch die Fachperson der mobilen Gassenarbeit beschreibt den Wurststand als stabilisierenden Treffpunkt, dessen Wegfall Auswirkungen auf die Szenenbildung gehabt haben könnte (P2-D). Gleichzeitig wird die spätere Eröffnung des McDonald's als Veränderung der Platznutzung beschrieben. Dadurch würden heute Jugendliche, Familien, Passanten und Personen der Drogenszene denselben Raum nutzen, wodurch unterschiedliche Nutzungsansprüche verstärkt aufeinandertreffen (P2-D).

Parallel zur Beschreibung der Situation zeigen die Dokumente verschiedene Massnahmen zur Gestaltung und Steuerung des öffentlichen Raums. Das Legislaturprogramm der Stadt Brugg formuliert die Aufwertung des Bahnhof- und Neumarktplatzes als strategisches Ziel und betont die Berücksichtigung unterschiedlicher gesellschaftlicher Bedürfnisse im öffentlichen Raum (vgl. Stadtrat Brugg 2022). Ergänzend dazu enthalten die Budgets 2025 und 2026 Projektierungskredite für die Neugestaltung des Neumarktplatzes sowie für die Planung einer Begegnungszone (vgl. Stadtrat Brugg 2024b; Stadtrat Brugg 2025a). Ein später eingereichtes Postulat fordert zusätzlich eine Beschleunigung dieser Projekte, um die Attraktivität des Stadtzentrums zu erhöhen (vgl. Geissmann 2025).

Neben den städtebaulichen Entwicklungen wurden verschiedene ordnungspolitische Massnahmen umgesetzt. Im August 2025 führte die Stadt Brugg ein temporäres Alkoholverbot für den Bahnhof- und Neumarktraum ein, welches anschliessend bis März 2026 verlängert wurde (vgl. Stadtrat Brugg 2025b). Gleichzeitig wurde die private Sicherheitspatrouille weitergeführt und

finanziell aufgestockt, um die Präsenz im öffentlichen Raum zu erhöhen (vgl. Einwohnerrat Brugg 2025). In beiden Interviews wird das Alkoholverbot zwar als kurzfristige Entlastung des öffentlichen Raums beschrieben, gleichzeitig jedoch darauf hingewiesen, dass es zu einer Verlagerung der Szene in andere Bereiche kam (vgl. P1, Z. 310–325; P2-C). Nach der Aufhebung des Verbots kehrten betroffene Personen teilweise wieder in den Bahnhof- und Neumarktraum zurück (vgl. P1, Z. 326–334; P2-C). Nachdem sich die Situation nach Einschätzung des Stadtrats teilweise beruhigt hatte, wurde das Alkoholverbot nicht weiter verlängert. Stattdessen kündigte die Stadt den Einsatz einer Videoüberwachung an (vgl. Ruoff 2026).



Abbildung 1 Signalisation des temporären Alkoholverbots auf dem Neumarktplatz (eigene Aufnahme, 2025).

Ergänzend zu den sicherheitsorientierten Massnahmen dokumentieren verschiedene Unterlagen den schrittweisen Ausbau schadensmindernder Angebote. Sowohl die Arbeitsgruppe «Sicherheit am Bahnhof» als auch die Infodrog-Bedarfsanalyse empfehlen den Aufbau einer Kontakt- und Anlaufstelle mit Konsumraum, einer Notschlafstelle sowie eines niederschwelligen Mahlzeitenangebots (vgl. Arbeitsgruppe Sicherheit am Bahnhof 2025; Infodrog 2024). Bis zur Umsetzung langfristiger Lösungen entstand im Frühjahr 2026 auf Initiative der katholischen Kirche Brugg eine befristete Gassenküche als Übergangsangebot (vgl. Katholische Kirche 2026).

Insgesamt beschreiben sowohl die Interviews als auch die analysierten Dokumente die Entwicklung der Drogenszene als eng mit den räumlichen Gegebenheiten des Bahnhof- und Neumarktraums verbunden. Dabei werden sowohl infrastrukturelle Veränderungen als auch

kommunale Massnahmen/Regelungen und die Nutzung des öffentlichen Raums als Faktoren genannt, welche die Entwicklung der Situation im Untersuchungszeitraum geprägt haben.

c. Professioneller Umgang mit der Drogenszene

Der professionelle Umgang mit der Drogenszene in Brugg-Windisch wird von verschiedenen Institutionen geprägt, die unterschiedliche gesetzliche und fachliche Aufträge verfolgen. Sowohl die Interviews als auch die analysierten Dokumente zeigen jedoch, dass zwischen den beteiligten AkteurInnen in zentralen Fragen eine hohe Übereinstimmung besteht. Repressive Massnahmen werden von beiden interviewten Fachpersonen als notwendiger Bestandteil des professionellen Handelns betrachtet, gleichzeitig jedoch nicht als nachhaltige Lösung der zugrunde liegenden Problematik (P1, Z. 334–336; P2-C).

Nach Einschätzung der Fachperson der Regionalpolizei besteht der polizeiliche Auftrag in erster Linie darin, Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum sicherzustellen. Entsprechend kamen im Untersuchungszeitraum verschiedene repressive Massnahmen zur Anwendung. Dazu gehörten insbesondere Wegweisungen, eine verstärkte Polizeipräsenz, die private Sicherheitspatrouille sowie zeitweise das Alkoholverbot im Bahnhof- und Neumarktraum (P1, Z. 50–64; Z. 282–329). Diese Entwicklung spiegelt sich auch in den analysierten Dokumenten wider. So verlängerte der Einwohnerrat den Nachtragskredit für die Sicherheitspatrouille und betonte deren Bedeutung für die Präsenz im öffentlichen Raum (vgl. Einwohnerrat Brugg 2025). Gleichzeitig schuf das neue Polizeireglement die Grundlage für suchtmittelfreie Zonen sowie weitere ordnungspolitische Massnahmen im öffentlichen Raum (vgl. Regionalpolizei Brugg 2025).

Die Fachperson der Regionalpolizei beschreibt diese Massnahmen als wirksam, um das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken und eine dauerhafte Festsetzung der Szene zu verhindern. Gleichzeitig weist sie mehrfach darauf hin, dass dadurch die Ursachen der Drogenszene nicht beseitigt würden, sondern sich die Situation teilweise lediglich verlagere.

> *«Mit der Repression verhindern wir eine Festsetzung, wir bringen das subjektive Sicherheitsgefühl wieder irgendwo in eine Normalität hinein, dass sich die Leute auch sicher fühlen und bewegen können, aber wir lösen das Problem nicht.» (P1, Z. 334–336)*

Eine ähnliche Einschätzung findet sich auch im Interview mit der mobilen Gassenarbeit HOPE. Die Fachperson beschreibt Wegweisungen oder zeitlich begrenzte Platzverbote grundsätzlich als nachvollziehbare Massnahmen, sofern gleichzeitig Orte bestehen, an welche die betroffenen Personen ausweichen können. Fehlen solche Alternativen, würden sich die Menschen lediglich an andere, häufig weniger sichtbare Orte verlagern. Nach Einführung des Alkoholverbots hätten sich Teile der Szene beispielsweise in Treppenhäuser, Quartiere oder auf Spielplätze zurückgezogen. Dadurch seien die betroffenen Personen für die aufsuchende Sozialarbeit teilweise schwieriger erreichbar geworden (P2-C).

Die Fachperson der mobilen Gassenarbeit beschreibt den eigenen Auftrag als niederschwellige Begleitung von Menschen mit Suchterkrankungen im öffentlichen Raum. Im Zentrum stehen dabei der Aufbau tragfähiger Beziehungen, die Vermittlung an weiterführende Hilfsangebote sowie die unmittelbare Unterstützung im Alltag. Dazu gehören unter anderem die Abgabe von Kleidung, Lebensmitteln und Verbandsmaterial sowie die Triage an zuständige Fachstellen (P2-B). Gleichzeitig versteht sich die Gassenarbeit als Interessenvertretung einer Personengruppe, die ihre Anliegen oftmals nicht selbst in politische oder gesellschaftliche Prozesse einbringen kann (P2-F). Um einen möglichst niederschwelligen Zugang zu ermöglichen, treten die Mitarbeitenden bewusst in ziviler Kleidung auf. Gleichzeitig werden sie auf potenziell gefährliche Situationen vorbereitet und führen beispielsweise Pfefferspray zum Eigenschutz mit (P2-G).

Auch die Fachperson der Regionalpolizei beschreibt den Umgang mit der Drogenszene nicht ausschliesslich als ordnungspolitische Aufgabe. Im Interview wird deutlich, dass die Einsatzkräfte viele Personen der Szene über längere Zeit kennen und teilweise persönliche Beziehungen entstanden sind. Dies zeigt sich beispielsweise darin, dass sich Gespräche nicht ausschliesslich auf polizeiliche Interventionen beschränken, sondern auch alltägliche Themen umfassen. Die Fachperson beschreibt etwa Situationen, in denen Betroffene nach den Ferien oder dem persönlichen Befinden der Polizistinnen und Polizisten fragen (P1, Z. 110–160). Dadurch wird deutlich, dass sich der professionelle Kontakt trotz unterschiedlicher Rollen nicht ausschliesslich auf Kontrolle beschränkt.

Der Bedarf an ergänzenden Unterstützungsangeboten wird sowohl in den Interviews als auch in den analysierten Dokumenten wiederholt hervorgehoben. Die Arbeitsgruppe «Sicherheit am Bahnhof», die Bedarfsanalyse von Infodrog sowie die kantonalen Planungen empfehlen übereinstimmend den Ausbau schadensmindernder Angebote wie einer Kontakt- und Anlaufstelle mit Konsumraum, einer Notschlafstelle sowie niederschwelligen Verpflegungsangeboten (vgl. Stadt Brugg 2025; Infodrog 2024). Diese Einschätzung deckt sich mit den Interviews. Die

Fachperson der Regionalpolizei berichtet von Situationen, in denen aufgrund fehlender Angebote nachts keine geeigneten Anschlusslösungen für suchtbetroffene Personen vorhanden gewesen seien und die Polizei deshalb teilweise improvisieren musste (P1, Z. 413–439). Die mobile Gassenarbeit beschreibt die Gassenküche als wertvollen niederschwelligen Treffpunkt, betont jedoch gleichzeitig, dass diese langfristigen Angebote wie Aufenthaltsräume, Notschlafstellen oder Konsummöglichkeiten nicht ersetzen könne (P2-F). Auch die temporäre Gassenküche der katholischen Kirche wird in den analysierten Dokumenten ausdrücklich als Übergangslösung bis zur Umsetzung dauerhafter Angebote beschrieben (vgl. Katholische Kirche 2026).

Insgesamt zeigen beide Interviews sowie die analysierten Dokumente, dass sich der professionelle Umgang mit der Drogenszene nicht auf eine Gegenüberstellung von Repression und Sozialarbeit reduzieren lässt. Trotz unterschiedlicher institutioneller Aufträge betrachten beide interviewten Fachpersonen repressive Massnahmen als notwendiges Instrument zur kurzfristigen Stabilisierung der Situation. Gleichzeitig betonen sie übereinstimmend, dass eine nachhaltige Verbesserung zusätzliche niederschwellige Unterstützungsangebote und langfristige Versorgungslösungen voraussetzt.

d. Zusammenarbeit und sozialpolitische Steuerung

Die analysierten Dokumente und Interviews beschreiben die Bearbeitung der Drogensituation in Brugg-Windisch als gemeinschaftliche Aufgabe verschiedener Institutionen. Beteiligt sind insbesondere die Stadt Brugg, die Regionalpolizei, die mobile Gassenarbeit HOPE, kantonale Fachstellen sowie weitere Organisationen aus den Bereichen Gesundheit und Suchthilfe.

Die koordinierte Zusammenarbeit wird in den Dokumenten erstmals im Zusammenhang mit der Einsetzung der Arbeitsgruppe «Sicherheit am Bahnhof» sichtbar. Der Rechenschaftsbericht der Einwohnergemeinde Brugg hält fest, dass diese Arbeitsgruppe als Reaktion auf die Entwicklungen im Bahnhof- und Neumarktraum geschaffen wurde und verschiedene Institutionen in den weiteren Prozess einbezog (vgl. Stadtrat Brugg 2024a). Ergänzend dazu beauftragten die Städte Brugg und Windisch gemeinsam mit dem Kanton Aargau Infodrog mit der Durchführung einer Bedarfsanalyse zur Schadensminderung, welche als Grundlage für weitere Entscheide dienen sollte (vgl. Infodrog 2024).

Diese Abläufe werden durch die Interviews bestätigt. Die Fachperson der Regionalpolizei beschreibt, dass die zunehmende Szenenbildung zunächst den zuständigen kantonalen Stellen gemeldet worden sei und anschliessend die Arbeitsgruppe unter Leitung der Abteilung

Gesellschaft der Stadt Brugg entstanden sei. Neben der Polizei hätten Vertreterinnen und Vertreter aus Suchthilfe, Gesundheit und Verwaltung daran teilgenommen (P1, Z. 64–92). Auch die mobile Gassenarbeit bestätigt ihre Beteiligung an der Arbeitsgruppe und beschreibt einen regelmässigen Austausch zwischen den beteiligten Institutionen (P2-E).

Beide Interviewpartner beschreiben die Zusammenarbeit innerhalb der Arbeitsgruppe als konstruktiv. Die Fachperson der Regionalpolizei berichtet, dass zu Beginn teilweise unterschiedliche Sichtweisen bestanden hätten, sich im Verlauf der Zusammenarbeit jedoch ein gemeinsames Verständnis der Situation entwickelt habe (P1, Z. 103–141). Die Fachperson der mobilen Gassenarbeit hebt hervor, dass die verschiedenen Institutionen ihre jeweiligen Perspektiven einbringen und gemeinsam nach Lösungen suchen (P2-E).

Neben der Zusammenarbeit werden in den Interviews verschiedene Rahmenbedingungen beschrieben, welche die Umsetzung geplanter Massnahmen beeinflussen. Die Fachperson der Regionalpolizei verweist auf gesetzliche Vorgaben, Zuständigkeitsfragen sowie politische Entscheidungsprozesse, insbesondere im Zusammenhang mit Konsumräumen und weiteren schadensmindernden Angeboten (P1, Z. 145–190). Die mobile Gassenarbeit nennt zusätzlich Fragen der Finanzierung sowie die Suche nach geeigneten Standorten für neue Angebote als wiederkehrende Themen innerhalb der Zusammenarbeit (P2-E).

Auch die analysierten Dokumente dokumentieren verschiedene politische und administrative Schritte. Dazu gehören unter anderem parlamentarische Vorstösse, Budgetbeschlüsse, die Bedarfsanalyse von Infodrog sowie die schrittweise Umsetzung einzelner Massnahmen wie der Gassenküche oder der Sicherheitspatrouille (vgl. Stadtrat Brugg 2024a; Einwohnerrat Brugg 2025; Infodrog 2024).

Auffällig ist, dass sich die öffentlich zugänglichen Dokumente vor allem auf beschlossene Massnahmen und politische Entscheide beziehen. Demgegenüber enthalten sie nur wenige Informationen über die konkrete Arbeitsweise oder den Verlauf der Zusammenarbeit innerhalb der Arbeitsgruppe «Sicherheit am Bahnhof».

e. Herausforderungen und Versorgungslücken

Die Interviews und die analysierten Dokumente beschreiben übereinstimmend verschiedene Versorgungslücken im Umgang mit suchtbetroffenen Menschen in Brugg-Windisch. Diese betreffen sowohl niederschwellige Unterstützungsangebote als auch Aufenthalts-, Wohn- und Schadensminderungsangebote. Nach Einschätzung der befragten Fachpersonen reichen die bestehenden Angebote nicht aus, um den Bedürfnissen der betroffenen Personen sowie den Herausforderungen im öffentlichen Raum angemessen zu begegnen.

Die Fachperson der Regionalpolizei verweist mehrfach auf Situationen, in denen für suchtbetroffene oder obdachlose Personen keine geeigneten Anschlusslösungen vorhanden waren. Insbesondere in den Nachtstunden stünden oftmals weder niederschwellige Aufenthaltsorte noch kurzfristig verfügbare Übernachtungsmöglichkeiten zur Verfügung. Dadurch entstünden Situationen, in denen die Polizei zwar mit den Folgen sozialer Problemlagen konfrontiert sei, jedoch nur begrenzte Handlungsmöglichkeiten besitze (P1, Z. 413–439).

Auch die Fachperson der mobilen Gassenarbeit beschreibt verschiedene Versorgungslücken. Besonders hervorgehoben werden fehlende Aufenthaltsräume, unzureichende Möglichkeiten der Schadensminderung sowie ein Mangel an niederschwelligen Unterstützungsangeboten für Menschen mit komplexen sozialen, gesundheitlichen und suchtbezogenen Problemlagen (P2-G). Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass viele Betroffene Schwierigkeiten hätten, bestehende Regelangebote zu nutzen oder deren Zugangsvoraussetzungen zu erfüllen (P2-B; P2-F).

Diese Einschätzungen decken sich mit den Ergebnissen der Bedarfsanalyse von Infodrog. Der Bericht kommt zum Schluss, dass im Raum Brugg-Windisch beziehungsweise im Kanton Aargau mehrere zentrale Angebote der Schadensminderung fehlen. Genannt werden insbesondere eine Kontakt- und Anlaufstelle mit Konsumraum, ein niederschwelliges Mahlzeitenangebot, aufsuchende Sozialarbeit, eine Notschlafstelle sowie zusätzliche betreute Wohnangebote (vgl. Infodrog 2024). Darüber hinaus wird ein spezifischer Unterstützungsbedarf für Jugendliche mit risikoreichem Konsum sowie ein kantonales Monitoring empfohlen (vgl. ebd.).

Die Bedarfsanalyse weist ausserdem darauf hin, dass zahlreiche Betroffene bisher Angebote in anderen Kantonen wie Basel, Solothurn oder Luzern nutzten. Veränderungen beziehungsweise eingeschränkte Zugangsmöglichkeiten dieser Angebote führten dazu, dass sich der Unterstützungsbedarf zunehmend in den Kanton Aargau und damit auch in den Raum Brugg-Windisch verlagerte (vgl. ebd.).

Als konkrete Reaktion auf einzelne Versorgungslücken wird in den Interviews die Gassenküche erwähnt. Beide Fachpersonen beschreiben sie als niederschwelliges Angebot, das Verpflegung, soziale Kontakte und erste Unterstützungsleistungen ermöglicht. Gleichzeitig betonen sie, dass die Gassenküche langfristige Angebote wie Aufenthaltsräume, Notschlafstellen oder Konsummöglichkeiten nicht ersetzen könne (P1, Z. 338–343; P2-K). Auch die öffentlich zugänglichen Dokumente bezeichnen das Angebot der katholischen Kirche ausdrücklich als Übergangslösung bis zur Umsetzung weiterführender Massnahmen (vgl. Katholische Kirche 2026).

Die erhobenen Daten weisen auf Versorgungslücken in mehreren Bereichen der Schadensminderung hin. Besonders häufig genannt werden fehlende Aufenthalts- und Übernachtungsmöglichkeiten, niederschwellige Unterstützungsangebote sowie Angebote der Schadensminderung. Bestehende Übergangslösungen werden von den befragten Fachpersonen als wichtige Unterstützung beschrieben, gleichzeitig jedoch nicht als langfristig ausreichende Versorgung eingeschätzt.

5. Diskussion Ergebnisse

a. Unterschiedliche Problemdeutungen

Die Drogensituation in Brugg-Windisch wird von den beteiligten AkteurInnen nicht grundsätzlich unterschiedlich beurteilt. Vielmehr unterscheiden sich die Aspekte, welche im beruflichen Alltag in den Vordergrund rücken. Während Polizei und politische AkteurInnen vor allem Auswirkungen auf Sicherheit und öffentliche Ordnung thematisieren, richtet die mobile Gassenarbeit ihren Blick stärker auf die sozialen und gesundheitlichen Lebenslagen der betroffenen Personen. Die unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen spiegeln dabei die jeweiligen professionellen Aufträge der beteiligten Institutionen wider.

Dieses Spannungsfeld lässt sich mit dem Devianzverständnis von Dollinger, Heppchen und Schirmer (2020) einordnen. Nach ihrem Verständnis ist Devianz keine objektive Eigenschaft eines Verhaltens, sondern entsteht erst durch gesellschaftliche Normen sowie Prozesse der Wahrnehmung und Zuschreibung (vgl. Dollinger et al. 2020: 391–396). Welche Aspekte einer Situation als problematisch gelten, hängt somit wesentlich davon ab, welche Erwartungen, Regeln und institutionellen Aufgaben den Blick auf eine Situation prägen. Vor diesem Hintergrund erscheint es nachvollziehbar, dass Polizei und mobile Gassenarbeit dieselbe Drogenszene unterschiedlich beschreiben, ohne dass sich ihre Einschätzungen grundsätzlich widersprechen.

Aus der Perspektive des Devianzansatzes wird weiteraus deutlich, dass sich die Zuschreibung von Devianz nicht ausschliesslich auf konkrete Verhaltensweisen wie Drogenkonsum oder Handel bezieht. Auch die blosse Präsenz suchtbetroffener Menschen im öffentlichen Raum kann als Abweichung von gesellschaftlichen Erwartungen an die Nutzung eines Ortes wahrgenommen werden. Die Diskussion verschiebt sich damit teilweise von der Frage, *was* Menschen tun, hin zu der Frage, *wer* sich im öffentlichen Raum aufhalten soll.

Die Ergebnisse der Untersuchung stützen diese theoretische Annahme. Die Polizei beschreibt die Szene vor allem im Zusammenhang mit offenem Drogenkonsum, Konflikten im öffentlichen Raum und dem Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. Die mobile Gassenarbeit verweist hingegen auf Wohnungslosigkeit, gesundheitliche Belastungen, fehlende Unterstützungsangebote sowie erschwerte Zugänge zum Hilfesystem. Beide Perspektiven beziehen sich auf dieselbe Situation, richten ihren Fokus jedoch auf unterschiedliche Aspekte derselben sozialen Realität.

Bemerkenswert ist dabei, dass die Unterschiede zwischen den befragten Fachpersonen geringer ausfallen, als öffentliche Diskussionen häufig vermuten lassen. Sowohl die Polizei als auch die

mobile Gassenarbeit erkennen an, dass die bestehenden Herausforderungen nicht ausschliesslich mit ordnungspolitischen Massnahmen bearbeitet werden können. Beide Fachpersonen verweisen auf die Bedeutung niederschwelliger Unterstützungsangebote sowie auf bestehende Versorgungslücken. Die unterschiedlichen Problemdeutungen führen somit nicht zu gegensätzlichen Einschätzungen der Situation, sondern vielmehr zu unterschiedlichen professionellen Schwerpunktsetzungen.

Für die Forschungsfrage bedeutet dies, dass sozialpolitische Steuerungsprozesse bereits bei der Wahrnehmung und Definition gesellschaftlicher Probleme beginnen. Welche Aspekte der Drogenszene als besonders relevant gelten, beeinflusst gleichzeitig, welche Massnahmen politisch priorisiert und professionell umgesetzt werden. Die Untersuchung legt jedoch nahe, dass sich in Brugg-Windisch trotz unterschiedlicher professioneller Rollen ein gemeinsames Verständnis der Problemlage entwickelt hat, das sowohl sicherheits- als auch sozialpolitische Perspektiven umfasst.

b. Repression zwischen Entlastung und Problemlösung

Repressive Massnahmen sind seit jeher ein Bestandteil der schweizerischen Suchtpolitik. Mit der Einführung der Vier-Säulen-Politik wurde jedoch ein Paradigmenwechsel vollzogen, bei dem Repression nicht mehr als alleinige Antwort auf Suchterkrankungen verstanden wird, sondern als eine von vier sich ergänzenden Säulen neben Prävention, Therapie und Schadensminderung (vgl. BAG 2025). Ziel dieses integrierten Ansatzes ist es, sowohl die negativen Folgen des Substanzkonsums für die betroffenen Personen als auch die Auswirkungen auf Gesellschaft und öffentlichen Raum zu berücksichtigen.

Die Ergebnisse dieser Untersuchung bestätigen dieses Verständnis weitgehend. Sowohl die Regionalpolizei als auch die mobile Gassenarbeit betrachten repressive Massnahmen als legitimen Bestandteil des professionellen Umgangs mit der Drogenszene. Die Polizei beschreibt Wegweisungen, Polizeipräsenz oder das Alkoholverbot als geeignete Instrumente, um das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken und eine dauerhafte Konzentration der Szene an einzelnen Orten zu verhindern (P1, Z. 301–336). Gleichzeitig wird betont, dass diese Massnahmen, die zugrunde liegenden sozialen und gesundheitlichen Problemlagen nicht lösen können. Zu einer ähnlichen Einschätzung gelangt auch die mobile Gassenarbeit. Wegweisungen werden nicht grundsätzlich abgelehnt, jedoch nur dann als sinnvoll erachtet, wenn gleichzeitig

niederschwellige Alternativen vorhanden sind. Andernfalls verlagert sich die Szene räumlich, ohne dass sich die Lebenssituation der betroffenen Personen verändert (P2-C).

Diese Beobachtungen decken sich mit den Empfehlungen der Bedarfsanalyse von Infodrog. Auch dort wird darauf hingewiesen, dass ordnungspolitische Massnahmen allein keine nachhaltige Verbesserung bewirken können. Ergänzend werden deshalb der Ausbau schadensmindernder Angebote, einer Kontakt- und Anlaufstelle mit Konsumraum, aufsuchender Sozialarbeit sowie zusätzlicher Wohn- und Übernachtungsmöglichkeiten empfohlen (vgl. Infodrog 2024).

Bemerkenswert erscheint, dass sich Repression und Schadensminderung in der Praxis weniger trennscharf gegenüberstehen, als dies theoretische Modelle oder öffentliche Debatten teilweise vermuten lassen. Zwar unterscheiden sich die institutionellen Aufträge von Polizei und mobiler Gassenarbeit deutlich, die Ergebnisse zeigen jedoch, dass beide Institutionen Elemente beider Handlungslogiken aufgreifen. Die Polizei beschreibt ihre Arbeit nicht ausschliesslich als ordnungspolitische Kontrolle, sondern verweist auch auf Beziehungsarbeit, die Kenntnis der betroffenen Personen sowie die Vermittlung an geeignete Unterstützungsangebote. Umgekehrt anerkennt die mobile Gassenarbeit repressive Massnahmen grundsätzlich als sinnvolles Instrument, sofern diese durch sozialarbeiterische und schadensmindernde Angebote ergänzt werden. Die empirischen Ergebnisse sprechen somit eher für unterschiedliche professionelle Schwerpunktsetzungen innerhalb eines gemeinsamen Handlungsspektrums als für eine klare institutionelle Trennung zwischen Repression und Schadensminderung.

Gleichzeitig fällt auf, dass sich dieses ausgewogene Verständnis in den öffentlich zugänglichen Dokumenten nur teilweise widerspiegelt. Dort stehen sicherheitspolitische Massnahmen wie Polizeipräsenz, Sicherheitspatrouillen oder das Alkoholverbot deutlich häufiger im Vordergrund als sozialarbeiterische oder schadensmindernde Ansätze. Dies bedeutet nicht zwangsläufig, dass letztere eine geringere Bedeutung besitzen. Vielmehr deutet sich an, dass unterschiedliche Formen staatlichen Handelns unterschiedlich sichtbar kommuniziert werden. Welche Bedeutung dieser Befund für die sozialpolitischen Steuerungsprozesse in Brugg hat, wird im folgenden Kapitel vertieft diskutiert.

c. Sichtbarkeit sicherheitspolitischer und Unsichtbarkeit sozialpolitischer Steuerung

Kommunale Sozialpolitik beschränkt sich nach Dahme und Wohlfahrt nicht auf die Bereitstellung einzelner Leistungen. Vielmehr besteht ihre Aufgabe darin, unterschiedliche AkteurInnen zu koordinieren, lokale Ressourcen zu vernetzen und gemeinsam auf soziale Problemlagen zu reagieren (vgl. Dahme/Wohlfahrt 2013). Sozialpolitische Steuerung erfolgt damit nicht ausschliesslich über unmittelbar sichtbare Massnahmen, sondern ebenso über Abstimmungs- und Entwicklungsprozesse zwischen Politik, Verwaltung und Fachorganisationen.

Vor diesem Hintergrund lassen sich die Ergebnisse der Untersuchung einordnen. Die Interviews zeichnen das Bild einer kontinuierlichen Zusammenarbeit zwischen Regionalpolizei, mobiler Gassenarbeit, Stadt Brugg, kantonalen Fachstellen sowie weiteren Organisationen. Die Arbeitsgruppe «Sicherheit am Bahnhof» wird von beiden interviewten Fachpersonen als zentrales Koordinationsgremium beschrieben, in welchem unterschiedliche Perspektiven zusammengeführt und gemeinsame Lösungsansätze entwickelt werden (P1, Z. 97–141; P2-E). Dieses Vorgehen entspricht dem von Dahme und Wohlfahrt beschriebenen Verständnis kommunaler Sozialpolitik als kooperativem Steuerungsprozess.

Gleichzeitig fällt auf, dass sich diese Form der Steuerung in den öffentlich zugänglichen Dokumenten nur eingeschränkt widerspiegelt. Während sicherheitspolitische Massnahmen wie Polizeipräsenz, Sicherheitspatrouillen, Wegweisungen oder das Alkoholverbot regelmässig Gegenstand politischer Vorstösse, Medienberichte und öffentlicher Diskussionen sind (vgl. Einwohnerrat Brugg 2024; Einwohnerrat Brugg 2025; Stadtrat Brugg 2025b), finden sich zur konkreten Arbeit der Arbeitsgruppe oder zu laufenden sozialpolitischen Abstimmungsprozessen lediglich wenige öffentlich zugängliche Informationen. Sichtbar werden vor allem die beschlossenen Massnahmen, weniger jedoch die Prozesse, welche diesen Entscheidungen vorausgehen.

Die Dokumentenanalyse zeigt gleichzeitig, dass die kommunale Bearbeitung der Drogensituation weit über ordnungspolitische Eingriffe hinausgeht. Mit der Beauftragung von Infodrog zur Durchführung einer Bedarfsanalyse, der Entwicklung neuer Angebote der Schadensminderung sowie der Zusammenarbeit mit Kirche, Suchthilfe und kantonalen Fachstellen werden verschiedene Elemente einer koordinierten sozialpolitischen Steuerung sichtbar (vgl. Stadtrat Brugg 2024a). Auch das Legislaturprogramm der Stadt Brugg formuliert das Ziel, auf gesellschaftliche Herausforderungen zu reagieren, die Teilhabe verschiedener

Bevölkerungsgruppen zu fördern und soziale Entwicklungen aktiv mitzugestalten (vgl. Stadtrat Brugg 2022).

Ein weiteres Beispiel für diese kooperative Form sozialpolitischer Steuerung stellt die temporäre Gassenküche der katholischen Kirche dar. Obwohl die Unterstützung besonders vulnerabler Personengruppen grundsätzlich Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge ist, wurde ein erstes niederschwelliges Angebot durch eine zivilgesellschaftliche Akteurin initiiert. Dieses Vorgehen lässt sich mit dem Subsidiaritätsprinzip sowie dem von Dahme und Wohlfahrt beschriebenen Wandel kommunaler Sozialpolitik in Verbindung bringen, wonach soziale Problemlagen zunehmend in Kooperation zwischen Staat und zivilgesellschaftlichen Organisationen bearbeitet werden.

Bemerkenswert erscheint dabei weniger das Vorhandensein sozialpolitischer Steuerung als vielmehr deren unterschiedliche öffentliche Sichtbarkeit. Ordnungspolitische Massnahmen entfalten ihre Wirkung unmittelbar im öffentlichen Raum und werden entsprechend rasch wahrgenommen sowie öffentlich kommuniziert. Sozialpolitische Steuerung erfolgt demgegenüber häufig in Form von Vernetzungsarbeit, Konzeptentwicklung, fachlicher Abstimmung oder dem schrittweisen Aufbau neuer Angebote. Ihre Wirkung richtet sich oftmals auf langfristige Veränderungen der Lebenssituation einzelner Betroffener und wird dadurch im öffentlichen Diskurs weniger sichtbar.

Ein wesentlicher Teil kommunaler Steuerung vollzieht sich somit in kooperativen und langfristig angelegten Entwicklungsprozessen zwischen verschiedenen Institutionen. Gleichzeitig erhalten vor allem jene Massnahmen öffentliche Aufmerksamkeit, welche unmittelbar auf das Sicherheitsgefühl und die Nutzung des öffentlichen Raums wirken. Sozialpolitische Interventionen erfolgen demgegenüber häufig im Hintergrund, obwohl sie für die langfristige Bearbeitung der Drogensituation eine zentrale Rolle einnehmen.

Besonders deutlich wird dieses Zusammenspiel am Bahnhof- und Neumarktplatz. Dort treffen ordnungspolitische Eingriffe, sozialarbeiterische Angebote und die Aneignung des öffentlichen Raums durch unterschiedliche Akteurinnen unmittelbar aufeinander. Der Ort bildet damit nicht lediglich die räumliche Kulisse der Drogenszene, sondern wird selbst zu einem sozial produzierten Raum, in dem sich unterschiedliche Interessen, Nutzungsansprüche und Formen kommunaler Steuerung überlagern.

d. Der Neumarktplatz als sozial produzierter Raum

Der Bahnhof- und Neumarktplatz nimmt innerhalb der Drogensituation in Brugg-Windisch eine besondere Stellung ein. Wie bereits in der Ergebnisdarstellung beschrieben, bündeln sich an diesem Ort unterschiedliche Nutzungsansprüche. Für die einen stellt er einen zentralen Verkehrs- und Begegnungsraum dar, für andere einen Aufenthaltsort oder Arbeitsort und für suchtbetroffene Menschen einen gut erreichbaren Treffpunkt in unmittelbarer Nähe zur Substitutionsabgabestelle. Der Platz wird dadurch zu einem Ort, an dem unterschiedliche Interessen unmittelbar aufeinandertreffen.

Dieses Spannungsfeld lässt sich mit dem Raumverständnis von Löw einordnen. Räume entstehen nach ihrem Verständnis nicht als statische Behälter, sondern werden durch das Zusammenspiel sozialer Beziehungen, Handlungen und räumlicher Anordnungen fortlaufend hergestellt und verändert (vgl. Löw 2019: 166–171). Der Bahnhof- und Neumarktplatz bildet damit nicht bloss den Hintergrund der Drogenszene, sondern wird durch die unterschiedlichen Nutzungen selbst zu einem sozial produzierten Raum.

Die Interviews verdeutlichen diese Wechselwirkung an mehreren Beispielen. Beide Fachpersonen beschreiben den ehemaligen Wurststand als langjährigen Treffpunkt insbesondere für Personen aus der Alkoholszene. Mit dessen Wegfall veränderte sich gleichzeitig auch die Nutzung des Platzes. Wenig später wurden mit dem Alkoholverbot, verstärkter Polizeipräsenz sowie Sicherheitspatrouillen weitere Eingriffe in die Nutzung des öffentlichen Raums vorgenommen. Beide Interviewpartner berichten, dass sich die Szene dadurch teilweise an andere Orte verlagerte, ohne dass sich die zugrunde liegenden sozialen Problemlagen wesentlich veränderten. Aus Sicht Löws wird hier deutlich, dass sich Raum und soziales Handeln wechselseitig beeinflussen. Der Wegfall eines etablierten Treffpunkts veränderte die Aneignung des Platzes, worauf wiederum neue politische Massnahmen folgten. Diese Massnahmen beeinflussten ihrerseits erneut die Nutzung des öffentlichen Raums, indem sich die Szene räumlich verlagerte. Der Neumarktplatz wurde dadurch fortlaufend neu produziert und verändert.

Auch die Eröffnung des McDonald's wird von der mobilen Gassenarbeit als Veränderung der räumlichen Nutzung beschrieben. Gemäss Interview hielten sich dadurch vermehrt Jugendliche, Familien sowie weitere Besuchergruppen auf dem Platz auf (P2-D). Der Raum erhielt dadurch zusätzliche Nutzungen und veränderte seine soziale Zusammensetzung. Deinet et al. beschreiben solche Prozesse als Aneignung öffentlichen Raums. Unterschiedliche Nutzergruppen verleihen einem Ort durch ihre alltäglichen Praktiken unterschiedliche Bedeutungen und produzieren dadurch fortlaufend neue soziale Räume (vgl. Deinet et al. 2006). Die veränderte

Nutzung des Platzes zeigt exemplarisch, dass sich unterschiedliche Aneignungsformen gegenseitig beeinflussen können. Mit der stärkeren Präsenz neuer Nutzergruppen verändern sich gleichzeitig die sozialen Bedeutungen eines Ortes sowie die Aushandlungsprozesse darüber, welche Nutzungen im öffentlichen Raum erwünscht sind.

Gleichzeitig verdeutlichen die Ergebnisse, dass sozialräumliche Entwicklungen nicht ausschliesslich durch bauliche Veränderungen entstehen. Auch politische Entscheidungen beeinflussen, welche Formen der Nutzung an einem Ort möglich oder erwünscht sind. Das Alkoholverbot, Sicherheitspatrouillen sowie die Aufwertung des Platzes stellen aus sozialräumlicher Sicht Eingriffe in die Produktion des Raums dar. Sie verändern weniger die sozialen Problemlagen selbst als vielmehr deren räumliche Sichtbarkeit. Dies deckt sich mit den Aussagen der Interviewpartner, wonach sich die Szene infolge solcher Massnahmen teilweise verlagert, jedoch nicht verschwindet.

An dieser Stelle erscheint auch der Hinweis von Kessl und Reutlinger bedeutsam, Sozialräume nicht vorschnell zu «Problemräumen» zu erklären. Eine solche Perspektive birgt die Gefahr, gesellschaftliche Problemlagen räumlich zu verkürzen und die Ursachen ausschliesslich mit einem bestimmten Ort zu verbinden (vgl. Kessl/Reutlinger 2010). Die Ergebnisse dieser Untersuchung sprechen vielmehr dafür, dass der Bahnhof- und Neumarktplatz nicht Ursache der Drogenszene ist, sondern jener Ort, an dem unterschiedliche soziale Problemlagen aufgrund seiner räumlichen Eigenschaften besonders sichtbar werden. Die Interviews machen deutlich, dass insbesondere die zentrale Lage, die Nähe zur Substitutionsabgabestelle, die gute Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln sowie bestehende Aufenthaltsmöglichkeiten dazu beitragen, dass sich unterschiedliche Problemlagen an diesem Ort bündeln. Der Platz erscheint damit weniger als Auslöser der Drogenszene, denn als Ort, an dem sich gesellschaftliche Problemlagen räumlich manifestieren.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche Nutzungen und Nutzergruppen im öffentlichen Raum erwünscht sind und welche als störend wahrgenommen werden. Die in den Interviews beschriebenen Veränderungen rund um den Neumarktplatz – etwa der Wegfall des Wurststands, die Eröffnung des McDonald's sowie die Einführung des Alkoholverbots und weiterer sicherheitspolitischer Massnahmen – zeigen, dass politische und räumliche Entscheidungen die Nutzung eines Ortes beeinflussen. Gleichzeitig machen die Interviews deutlich, dass diese Veränderungen nicht zur Auflösung der Drogenszene führten, sondern vielmehr deren räumliche Erscheinungsform veränderten. Anhand der vorliegenden Daten lässt sich jedoch nicht feststellen, ob einzelne Massnahmen gezielt der Verdrängung bestimmter Personengruppen dienten.

Aus sozialräumlicher Perspektive verdeutlichen diese Entwicklungen vielmehr die von Löw beschriebene Wechselwirkung zwischen Raum und sozialem Handeln. Veränderungen der räumlichen Ordnung beeinflussen die Möglichkeiten der Aneignung öffentlicher Räume, während die Nutzungspraktiken unterschiedlicher Gruppen wiederum Anlass für neue politische und räumliche Interventionen geben (vgl. Löw 2019: 166–171). Aufwertungs- und Entwicklungsprozesse öffentlicher Räume gehen dadurch häufig mit Veränderungen ihrer sozialen Zusammensetzung einher, ohne dass damit zwangsläufig die zugrunde liegenden sozialen Problemlagen gelöst werden.

Auf Basis, der im Legislaturprogramm 2022 formulierten Ziele zur Aufwertung des Bahnhof- und Neumarktplatzes kann, die Diskussion um die Drogenszene deshalb auch als Aushandlungsprozess über die Nutzung und Bedeutung eines zentralen städtischen Raums verstanden werden. Dabei treffen unterschiedliche Interessen aufeinander: jene von Anwohnenden, Gewerbe und Passantinnen ebenso wie die Bedürfnisse von Menschen, die aufgrund von Armut, Suchterkrankung oder Wohnungslosigkeit in besonderem Masse auf öffentliche Räume angewiesen sind. Die Frage nach dem Umgang mit der Drogenszene wird dadurch zugleich zu einer Frage danach, welche Nutzungen im öffentlichen Raum gefördert, welche eingeschränkt und welche gesellschaftlichen Interessen dabei prioritär berücksichtigt werden.

Die Diskussion verdeutlicht, dass der Umgang mit der Drogenszene nicht auf einzelne Massnahmen oder Institutionen reduziert werden kann. Vielmehr zeigt sich ein komplexes Zusammenspiel aus sozialpolitischer Steuerung, sicherheitspolitischen Interessen, sozialräumlichen Bedingungen und den alltäglichen Aneignungsprozessen unterschiedlicher Nutzergruppen. Daraus ergibt sich folglich die Frage, welche Schlussfolgerungen sich für den zukünftigen Umgang mit der Drogenszene in Brugg-Windisch ableiten lassen.

e. Handlungsperspektiven für Brugg

Die vorangegangene Diskussion hat gezeigt, dass die Drogensituation in Brugg-Windisch weder ausschliesslich als Sicherheitsproblem noch ausschliesslich als soziale Problemlage verstanden werden kann. Vielmehr handelt es sich um ein vielschichtiges Phänomen, das sozialpolitische Steuerung, sicherheitspolitische Interessen und sozialräumliche Bedingungen gleichermassen umfasst. Daraus ergeben sich verschiedene Handlungsperspektiven für den zukünftigen Umgang mit der lokalen Drogenszene.

Ein zentraler Befund der Untersuchung besteht darin, dass die Zusammenarbeit zwischen Polizei, mobiler Gassenarbeit, Stadt Brugg sowie weiteren Fachstellen von beiden Interviewpartnern als wesentliche Grundlage für den professionellen Umgang mit der Drogenszene beschrieben wird. Die bestehende interdisziplinäre Arbeitsgruppe schafft einen Rahmen, in dem unterschiedliche Perspektiven zusammengeführt und gemeinsame Lösungen entwickelt werden können. Vor dem Hintergrund der schweizerischen Vier-Säulen-Politik sowie des von Dahme und Wohlfahrt beschriebenen Verständnisses kommunaler Sozialpolitik erscheint die langfristige Sicherung und Weiterentwicklung dieser Zusammenarbeit als eine wesentliche Voraussetzung für den zukünftigen Umgang mit der Drogenszene.

Ein weiterer Handlungsbedarf zeigt sich im Bereich der Schadensminderung und sozialen Unterstützung. Sowohl die Interviews als auch die Bedarfsanalyse von Infodrog weisen auf Versorgungslücken bei niederschwelligen Aufenthaltsangeboten, Wohnmöglichkeiten sowie weiteren Unterstützungsstrukturen hin (vgl. Infodrog 2024). Die Ergebnisse legen nahe, dass sicherheitspolitische Massnahmen kurzfristig zur Entlastung des öffentlichen Raums beitragen können, die zugrunde liegenden sozialen und gesundheitlichen Problemlagen jedoch nicht beseitigen. Der weitere Ausbau niederschwelliger Angebote erscheint deshalb nicht als Alternative zur Repression, sondern als notwendige Ergänzung im Sinne einer integrierten Suchtpolitik.

Die Untersuchung macht zudem deutlich, dass sozialräumliche Entwicklungen nicht losgelöst von den Menschen betrachtet werden können, welche öffentliche Räume nutzen. Die Diskussion um den Bahnhof- und Neumarktplatz hat gezeigt, dass räumliche Veränderungen stets unterschiedliche Nutzergruppen betreffen und deren Aneignung des öffentlichen Raums beeinflussen. Handlungsperspektiven ergeben sich deshalb nicht allein aus einer baulichen Aufwertung, sondern aus einer sozialräumlichen Entwicklung, welche unterschiedliche Anspruchsgruppen einbezieht. Dazu gehören Anwohnende, Gewerbe, Fachstellen und politische Entscheidungsträger ebenso wie Menschen, die aufgrund von Armut, Suchterkrankung oder Wohnungslosigkeit auf öffentliche Räume angewiesen sind. Eine solche partizipative Entwicklung entspricht dem sozialräumlichen Verständnis nach Löw sowie dem Gedanken der Aneignung öffentlicher Räume nach Deinet und Reutlinger. Gleichzeitig erhöht sie die Wahrscheinlichkeit, dass neue Angebote den tatsächlichen Bedürfnissen der betroffenen Personen entsprechen und langfristig Akzeptanz finden.

Schliesslich hat die Untersuchung gezeigt, dass sozialpolitische Steuerungsprozesse in Brugg häufig weniger sichtbar sind als ordnungspolitische Massnahmen. Während Alkoholverbot, Polizeipräsenz oder Sicherheitspatrouillen öffentlich deutlich wahrgenommen werden, bleiben

Koordinationsprozesse, Kooperationen oder der Aufbau sozialer Angebote vielfach im Hintergrund. Eine transparentere Kommunikation solcher sozialpolitischen Entwicklungen könnte dazu beitragen, das öffentliche Verständnis für den ganzheitlichen Umgang mit der Drogensituation zu stärken und die Bedeutung sozialer sowie gesundheitlicher Massnahmen stärker sichtbar zu machen.

Die dargestellten Handlungsperspektiven verdeutlichen, dass eine nachhaltige Bearbeitung der Drogensituation nur durch einen integrierten Ansatz möglich ist, der Sicherheit, soziale Unterstützung, sozialräumliche Entwicklung und die Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteurinnen miteinander verbindet.

6. Schlussfolgerung

a. Beantwortung der Forschungsfrage

Ausgangspunkt dieser Arbeit war die Frage, wie sozialpolitische Steuerungsprozesse und sozialräumliche Bedingungen in der Stadt Brugg den professionellen Umgang mit der lokalen Drogenszene beeinflussen. Die Untersuchung zeigt, dass beide Einflussfaktoren nicht unabhängig voneinander wirken, sondern sich gegenseitig bedingen. Sozialpolitische Entscheidungen prägen den institutionellen Handlungsspielraum der beteiligten Akteurinnen, während sozialräumliche Bedingungen bestimmen, wo soziale Problemlagen sichtbar werden und wie professionelles Handeln konkret ausgestaltet werden kann.

Hinsichtlich der ersten Unterfrage zeigt sich, dass die befragten Fachpersonen die kommunale Sozialpolitik grundsätzlich als kooperativen Prozess wahrnehmen. Besonders hervorgehoben werden die interdisziplinäre Zusammenarbeit sowie die Arbeitsgruppe «Sicherheit am Bahnhof». Gleichzeitig wird deutlich, dass sozialpolitische Steuerungsprozesse in der öffentlichen Wahrnehmung weniger sichtbar erscheinen als ordnungspolitische Massnahmen. Die Fachpersonen erleben kommunale Sozialpolitik daher nicht nur über politische Entscheidungen, sondern insbesondere über die Zusammenarbeit verschiedener Institutionen im Berufsalltag.

Zur zweiten Unterfrage konnte aufgezeigt werden, dass der professionelle Handlungsspielraum wesentlich durch institutionelle Aufträge und politische Rahmenbedingungen geprägt wird. Während die Polizei primär für Sicherheit und öffentliche Ordnung zuständig ist, richtet die mobile Gassenarbeit ihren Fokus auf Schadensminderung und soziale Unterstützung. Gleichzeitig verdeutlichen die Ergebnisse, dass beide Institutionen ihre Handlungsspielräume nicht isoliert wahrnehmen, sondern sich in einem gemeinsamen Netzwerk bewegen und ihre Aufgaben aufeinander abstimmen.

Die dritte Unterfrage verdeutlicht das Spannungsfeld zwischen Unterstützung, Schadensminderung, Kontrolle und öffentlicher Ordnung. Die Untersuchung zeigt, dass diese Ansätze in der Praxis weniger als Gegensätze erscheinen, als dies häufig angenommen wird. Beide interviewten Fachpersonen betrachten repressive Massnahmen als legitimen Bestandteil des professionellen Handelns, weisen jedoch gleichzeitig darauf hin, dass diese allein keine nachhaltige Lösung darstellen. Der professionelle Umgang mit der Drogenszene entsteht vielmehr durch das Zusammenspiel unterschiedlicher Handlungslogiken.

Ergänzend hat die Dokumentenanalyse zur Beantwortung der vierten Unterfrage beigetragen. Sie zeigt, dass kommunale und kantonale Dokumente den Schwerpunkt häufig auf sicherheitspolitische Massnahmen legen, gleichzeitig jedoch auch sozialpolitische Entwicklungen wie die Bedarfsanalyse von Infodrog, die Zusammenarbeit verschiedener Fachstellen oder die Entwicklung neuer Unterstützungsangebote dokumentieren. Dadurch konnte die Dokumentenanalyse die Interviewaussagen einordnen, ergänzen und teilweise bestätigen.

Insgesamt macht die Untersuchung deutlich, dass sozialpolitische Steuerungsprozesse und sozialräumliche Bedingungen den professionellen Umgang mit der Drogenszene in Brugg gemeinsam prägen. Besonders bedeutsam erscheint dabei ihre wechselseitige Beziehung: Sozialpolitische Entscheidungen beeinflussen die Gestaltung und Nutzung öffentlicher Räume, während sozialräumliche Bedingungen wiederum bestimmen, wie politische Massnahmen wirken und welche Herausforderungen sich für die professionelle Praxis ergeben. Der professionelle Umgang mit der Drogenszene entsteht damit nicht durch einzelne Massnahmen, sondern durch das Zusammenspiel institutioneller Kooperation, sozialräumlicher Gegebenheiten und einer integrierten sozial- und sicherheitspolitischen Steuerung.

b. Reflexion der Untersuchung und Limitationen

Die vorliegende Untersuchung ermöglicht Einblicke in die Wahrnehmung und Bearbeitung der Drogensituation in Brugg-Windisch aus Sicht verschiedener professioneller Akteurinnen. Gleichzeitig sind die Ergebnisse vor dem Hintergrund der gewählten Methodik und der Rahmenbedingungen der Untersuchung zu betrachten.

Eine zentrale Einschränkung besteht in der begrenzten Anzahl durchgeführter Interviews. Ursprünglich war vorgesehen, weitere Perspektiven aus Politik, Verwaltung und Sozialdiensten einzubeziehen. Trotz entsprechender Anfragen konnten jedoch nicht alle geplanten Interviews realisiert werden. Insbesondere die Perspektive der Stadtverwaltung und der Sozialdienste konnte nicht direkt erhoben werden. Dadurch fehlen Einblicke in einzelne politische und administrative Entscheidungsprozesse, welche die Ergebnisse zusätzlich hätten ergänzen können.

Diese Einschränkung konnte teilweise durch die Dokumentenanalyse ausgeglichen werden. Neben politischen Vorstössen, strategischen Dokumenten, Budgetunterlagen und Medienberichten wurde insbesondere die Bedarfsanalyse von Infodrog in die Untersuchung einbezogen. Dadurch konnten Entwicklungen aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet sowie Aussagen der Interviewpartner mit weiteren Quellen verglichen und eingeordnet werden.

Die Kombination aus ExpertInneninterviews und Dokumentenanalyse erwies sich somit nicht nur als Ergänzung, sondern als wesentliche Stärke des Forschungsdesigns, da sie eine methodische Triangulation und eine differenzierte Betrachtung der Fragestellung ermöglichte.

Eine weitere Einschränkung besteht darin, dass ausschliesslich professionelle Perspektiven untersucht wurden. Die Sichtweisen von Menschen aus der Drogenszene selbst, von Anwohnenden oder von Gewerbetreibenden wurden nicht direkt erhoben. Die Ergebnisse erlauben daher Aussagen über professionelle Wahrnehmungen, institutionelle Rahmenbedingungen und sozialpolitische Steuerungsprozesse, nicht jedoch über die subjektiven Erfahrungen aller von der Situation betroffenen Personengruppen.

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass sich die Situation in Brugg-Windisch weiterhin in Entwicklung befindet. Die Arbeitsgruppe zur Bearbeitung der Drogensituation besteht weiterhin, verschiedene Projekte befinden sich in Planung oder Umsetzung, und politische Entscheidungen über zukünftige Angebote stehen teilweise noch aus. Die Ergebnisse dieser Arbeit bilden daher eine Momentaufnahme eines fortlaufenden kommunalen Entwicklungsprozesses ab.

Gerade dieser aktuelle Untersuchungszeitpunkt ermöglicht jedoch einen Einblick in eine Phase, in der sich neue Formen der Zusammenarbeit und des professionellen Umgangs mit der Drogensituation herausbilden. Die Ergebnisse besitzen keinen Anspruch auf allgemeine Übertragbarkeit auf andere Städte oder Gemeinden. Sie leisten jedoch einen Beitrag zum Verständnis der Wechselwirkungen zwischen sozialpolitischen Steuerungsprozessen, sozialräumlichen Bedingungen und professionellem Handeln im spezifischen Kontext von Brugg-Windisch und können als Ausgangspunkt für weiterführende Untersuchungen dienen.

c. Weiterführende Überlegungen

Die Auseinandersetzung mit der Drogensituation in Brugg-Windisch hat verschiedene Fragestellungen aufgeworfen, welche über den Rahmen dieser Arbeit hinausreichen und mit den vorliegenden Daten nicht abschliessend beantwortet werden können.

Eine erste Überlegung betrifft den Zusammenhang zwischen städtebaulichen Entwicklungen und sozialpolitischer Steuerung. Im Verlauf der Untersuchung wurden verschiedene Veränderungen rund um den Bahnhof- und Neumarktplatz sichtbar, darunter der Wegfall des Wurststands, die Einführung des Alkoholverbots, die verstärkte Polizeipräsenz sowie die spätere Aufwertung des Platzes. Die Ergebnisse zeigen, dass sich dadurch die Nutzung des öffentlichen Raums

veränderte und sich Teile der Drogenszene räumlich verlagerten. Offen bleibt jedoch, in welchem Ausmass solche baulichen und ordnungspolitischen Veränderungen bewusst eingesetzt werden, um die Nutzung öffentlicher Räume durch bestimmte Personengruppen zu beeinflussen. Diese Frage konnte im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht beantwortet werden, eröffnet jedoch einen interessanten Ansatzpunkt für zukünftige Untersuchungen.

Daran knüpft die grundsätzliche Frage an, welche Interessen die Gestaltung öffentlicher Räume prägen. Die Untersuchung zeigt, dass Massnahmen häufig mit der Verbesserung des Sicherheitsgefühls, der Aufenthaltsqualität und der Attraktivität öffentlicher Räume begründet werden. Gleichzeitig stellt sich die Frage, wie die Bedürfnisse jener Menschen berücksichtigt werden, die aufgrund von Armut, Suchterkrankung oder Wohnungslosigkeit in besonderem Masse auf öffentliche Räume angewiesen sind. In welchem Verhältnis stehen die Interessen der Mehrheit zu den Bedürfnissen gesellschaftlich marginalisierter Gruppen? Und wie können sozialpolitische Entscheidungen beiden Perspektiven gerecht werden? Diese Fragen reichen über die Situation in Brugg hinaus und berühren grundlegende sozialpolitische und gesellschaftliche Diskussionen.

Ein weiterer Gedanke betrifft die unterschiedliche öffentliche Wahrnehmung kommunaler Steuerung. Im Verlauf der Untersuchung fiel auf, dass ordnungspolitische Massnahmen wie Polizeipräsenz, Alkoholverbote oder Sicherheitspatrouillen öffentlich deutlich sichtbarer erscheinen als sozialpolitische Entwicklungen, welche häufig in Form von Vernetzungsarbeit, Konzeptentwicklung oder dem Aufbau neuer Unterstützungsangebote erfolgen. Eine mögliche Erklärung dafür könnte darin liegen, dass solche sichtbaren Massnahmen auch dazu dienen, das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung anzusprechen und bestehende Ängste zu reduzieren. Ob diese unterschiedliche Sichtbarkeit auf politische Kommunikationsprozesse, unterschiedliche gesellschaftliche Erwartungen oder andere Faktoren zurückzuführen ist, konnte im Rahmen dieser Arbeit nicht untersucht werden.

Schliesslich konzentrierte sich diese Arbeit bewusst auf die Perspektiven professioneller AkteurInnen sowie auf politische und institutionelle Rahmenbedingungen. Offen bleibt damit, wie suchtbetroffene Menschen selbst die Veränderungen des öffentlichen Raums, sozialpolitische Entscheidungen oder ordnungspolitische Massnahmen erleben. Eine stärkere Einbeziehung ihrer Perspektiven könnte dazu beitragen, die Wechselwirkungen zwischen Raumgestaltung, sozialer Teilhabe und professionellem Handeln noch umfassender zu verstehen.

Diese Arbeit schliesst mit dem Hinweis, dass die hier gewonnenen Erkenntnisse über den konkreten Fall hinaus auf weiterführende Fragestellungen verweisen, die vertiefte Auseinandersetzungen auf einer übergeordneten Ebene erfordern. Insbesondere die

Wechselwirkungen zwischen Raumgestaltung, sozialpolitischer Steuerung und gesellschaftlichem Umgang mit marginalisierten Gruppen bieten Ansatzpunkte für weiterführende Forschung. Eine vertiefte Bearbeitung dieser Zusammenhänge, etwa im Rahmen einer Masterarbeit, könnte dazu beitragen, die komplexen Dynamiken differenzierter zu verstehen und in einen breiteren fachlichen Kontext einzuordnen.

Literaturverzeichnis

Ammann, Pascal (2023). Postulat betreffend Sozialraumanalyse Bahnhof Brugg Neumarkt. Brugg.

Arbeitsgruppe Sicherheit am Bahnhof (2024). Drogenproblematik am Bahnhof Brugg / Windisch. Brugg

BAG (2015). Nationale Strategie Sucht 2017–2024. Vom Bundesrat verabschiedete Version, November 2015. Schweizerische Eidgenossenschaft.

Barp, Miro (2023). Dringliches Postulat betreffend Sofortmassnahmen Sicherheit der Bevölkerung. Brugg

Burmester, Monika (2011). Sozialraumbezogene Sozialplanung und Sozialberichterstattung. In: Dahme, Heinz-Jürgen/ Wohlfahrt, Norbert (Hg.). (2011). Handbuch Kommunale Sozialpolitik. 1. Aufl. VS Verlag für Sozialwissenschaften

Dahme, Heinz-Jürgen/ Wohlfahrt, Norbert (Hg.). (2011). Handbuch Kommunale Sozialpolitik. 1. Aufl. VS Verlag für Sozialwissenschaften

Deinet, Ulrich / Herriger, Norbert / Knopp, Reinhold / Eickhoff, Antje (Hg.). (2006). Neue Perspektiven in der Sozialraumorientierung: Dimensionen - Planung - Gestaltung. Frank & Timme

Dollinger, B./ Heppchen, S./ Schirmer, S. (2020). Devianz. In: Bollweg, P. et al. (Hg.). Handbuch Ganztagsbildung. 2. Aufl. Springer VS.

Einwohnerrat Brugg (2023). Protokoll der Sitzung des Einwohnerrates vom 1. September 2023. Brugg.

Einwohnerrat Brugg (2024). Protokoll der Sitzung des Einwohnerrates vom 26. Januar 2024. Brugg.

Einwohnerrat Brugg (2025). Protokoll der Sitzung des Einwohnerrates vom 17. Oktober 2025. Brugg

Geissmann, Julia (2025). Postulat betreffend Beschleunigung Neugestaltung Neumarktplatz. Brugg

Grohs, S./ Reiter, R. (2014). Kommunale Sozialpolitik. Handlungsoptionen bei engen Spielräumen. Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung. Friedrich-Ebert-Stiftung

Helfferich, Cornelia (2009). Die Qualität qualitativer Daten. Manual für die Durchführung qualitativer Interviews. 3. überarbeitete Aufl. VS Verlag für Sozialwissenschaften

Herrmanns, H. (2005). Interviewen als Tätigkeit. In: Flick, U./ von Kardoff, E./ Steinke, I. (Hg.). Qualitative Forschung: ein Handbuch. Rowohlt Taschenbuch Verlag

Infodrog (2024). *Bedarfsanalyse für Angebote der Schadensminderung in Brugg. Schlussbericht*. Bern: Infodrog – Schweizerische Koordinations- und Fachstelle Sucht. (Im Auftrag der Stadt Brugg, finanziert durch den Kanton Aargau)

Katholische Kirche (2026). Katholische Kirche Brugg springt mit Gassenküche in die Bresche. Zürich.

Kessl, Fabian / Reutlinger, Christian (2010). Sozialraum. Eine Einführung. 2., durchgesehene Aufl. VS Verlag für Sozialwissenschaften

Knopp, Reinhold (2020). Sozialraum und Soziale Arbeit. In: Jepkens, Katja/ Scholten, Lisa/ van Rießen, Anne (Hg.). Integration im Sozialraum. Theoretische Konzepte und empirische Bewertungen. Springer VS

Krummacher, Michael (2011). Quartiermanagement in benachteiligten Stadtteilen. In: Dahme, Heinz-Jürgen/ Wohlfahrt, Norbert (Hg.). (2011). Handbuch Kommunale Sozialpolitik. 1. Aufl. VS Verlag für Sozialwissenschaften

Löw, Martina (2019). Raumsoziologie. 10. Aufl. Suhrkamp Verlag

Löw, Martina/ Steets, Silke/ Stoetzer, Sergej (2008). Einführung in die Stadt- und Raumsoziologie. 2., aktualisierte Aufl. Verlag Barbara Budrich.

Mack, W. (2020). Bewältigung. In: Bollweg, P. et al. (Hg.). Handbuch Ganztagsbildung. 2. Aufl. Springer VS

Regionalpolizei Brugg (2025). Polizeireglement (Polr) der Einwohnergemeinde Brugg (gültig ab Juli 2025). Brugg.

Ruoff, Annegret (2026). Temporäres Alkoholverbot am Bahnhof Brugg wird nicht verlängert. Aargauer Zeitung

Stadtrat Brugg (2022). Legislaturprogramm Stadt Brugg 2022 – 2025. Brugg.

Stadtrat Brugg (2024a). Budget 2025 der Einwohnergemeinde Brugg. Brugg.

Stadtrat Brugg (2024b). Rechenschaftsbericht 2023 der Einwohnergemeinde Brugg. Brugg.

Stadtrat Brugg (2024c). Bericht und Antrag an den Einwohnerrat: Sicherheit am Bahnhof; Nachtragskredit zur Finanzierung der Sicherheitspatrouille Gesellschaft. Brugg

Stadtrat Brugg (2025a). Budget 2026 der Einwohnergemeinde Brugg. Brugg.

Stadtrat Brugg (2025b). Mitteilung: Weiterführung Temporäres Alkoholverbot auf dem Neumarktplatz. Brugg.

Wagner, Antonin (1985). Wohlfahrtsstaat Schweiz: eine problemorientierte Einführung in die Sozialpolitik. Paul Haupt Verlag.

Zühlke, Werner (2011). Die Gestaltung kommunaler Politik: Welche Rolle spielt das Soziale in der Ratsarbeit. In: Dahme, Heinz-Jürgen/ Wohlfahrt, Norbert (Hg.). (2011). Handbuch Kommunale Sozialpolitik. 1. Aufl. VS Verlag für Sozialwissenschaften

Hilfsmittelverzeichnis

ChatGPT zur Strukturierung des Textes, Synonymfindung und Generierung des Bildes im Titelblatt

Töggl zum transkribieren der Interviews

Anhang

Interviewleitfaden

1. **Wie würden Sie aus Ihrer professionellen Perspektive die aktuelle Situation rund um die Drogenszene in Brugg beschreiben?**

2. **Wie sind Sie in Ihrer Funktion mit diesem Thema befasst?**

   Handlung von Sicherheit und Ordnung, aktiv mit Personen im Umgang (Beziehung und doch Repression)

3. **Wie erleben Sie die Zusammenarbeit zwischen Stadt, Polizei, Sozialdiensten und Suchtarbeit?**

4. **Wo sehen Sie zentrale Herausforderungen in den bestehenden Steuerungsprozessen?**

5. ***Wie wirken politische Entscheidungen (z. B. Budget, Prioritätensetzung, öffentliche Debatten) auf Ihre praktische Arbeit?***

6. ***Welche Bedeutung hat der öffentliche Raum in Brugg für die Szene – und für Ihre Arbeit?***

7. ***Inwiefern beeinflussen räumliche Strukturen (z. B. Bahnhof, Verdrängungsmassnahmen, fehlende Angebote, McDonalds, Wurststand) das Verhalten der Szene und die Handlungsmöglichkeiten der Fachstellen?***

8. **Beobachten Sie Veränderungen im Sozialraum Brugg (z. B. Szenebewegungen, neue Hotspots, Verschärfungen)?**

9. **Welche professionellen Ziele verfolgen Sie im Umgang mit konsumierenden oder marginalisierten Personen?**

10. **Wie navigieren Sie das Spannungsfeld zwischen Unterstützung/Beziehungsgestaltung und sicherheitsbezogenen Anforderungen?**

11. **In welchen Situationen erleben Sie Grenzen Ihres professionellen Handlungsspielraums?**

12. **Wie schätzen Sie die Wirksamkeit der bisherigen Massnahmen (z. B. Sicherheitspatrouille, Alkoholverbot) ein?**

13. **Was wären aus Ihrer Sicht zentrale Schritte, damit die Situation nachhaltig verbessert werden könnte?**

14. **Gibt es etwas, das ich nicht gefragt habe, dass Sie aber für das Verständnis der Situation wichtig finden?**

Interview P1 (Polizei)

Hinweis: Diese Fassung wurde sprachlich geglättet (Füllwörter reduziert, Sprecher anonymisiert, Lesbarkeit erhöht). Für die finale Bachelorarbeitsversion ist weiterhin eine manuelle Endredaktion sinnvoll.

ZOOM0005.WAV 00:00:00 P1 Eben bei uns ist einfach manchmal wichtig, dass man das man das nachher nicht irgendwie da missbraucht, sage ich jetzt mal oder aber dann, wenn sie so eine Arbeit schreiben und eben sie schreiben da, das wird anonymisiert und das ist ja gut. 00:00:14 I Ja definitiv die Aufnahmen sind eigentlich nur um diese Arbeit zu unterstützen. Schlussendlich die werden nicht irgendwo hochgestellt oder irgendetwas anderes genau 00:00:24 P1 ja ist doch gut 00:00:25 I danke vielmals habt ihr euch Zeit genommen 00:00:27 P1 Gern geschehen, danke haben sie Interesse an uns 00:00:31 I Sie sind ja auch sehr aktiv jetzt da involviert gewesen nehme ich jetzt mal an so was man so als Aussenstehender mitbekommt. 00:00:40 P1 Ja, das ist klar. Es ist... Wir sind jetzt halt die, wo es getroffen hat, oder trifft schon länger oder das ist ja ist ja eigentlich auch unsere Aufgabe oder schlussendlich 00:00:52 I Genau, ja so bisschen zu der allgemeinen Situation. Wie würden sie so die aktuelle Situation beschreiben. 00:01:04 P1 Also die aktuelle Situation, jetzt sage ich jetzt mal auf dem Platz Brugg kann man sagen, dass sich im Moment stark beruhigt hat. Man hat das sowohl ich sage jetzt mal ein bisschen subjektiv das, wo man auch wahrnimmt, einfach so wenn man durch das Zentrum läuft sowohl auch ja ich sage jetzt auf der Seite von uns von der von der ich machen von der Delinquenz her und so da haben wir eine rechte Beruhigung hineingebracht. Was nicht bedeutet, dass nichts mehr da ist oder das Problem gelöst wäre. Das ist es nicht oder es hat sich einfach ein bisschen verlagert und. Das wissen wir auch. das Hören wir auch. die sind jetzt natürlich überall ein bisschen. Sowohl ich sage ich jetzt mal Leute wo vorher da gewesen sind, wo vielleicht nicht von hier sind, sind jetzt halt nicht mehr gekommen andere wo von da sind Sagen es stinkt uns. Wir gehen im Moment irgendwo anders hin. wieder andere sind dageblieben aber die haben sich irgendwo verschlafen oder das wissen wir. Genau das ist ... ... die Situation und ich weiss nicht, ich kann vielleicht noch schnell ein bisschen zurückblenden angefangen hat es ja eigentlich ein bisschen im Spätsommer 24, wo man wo man das Ganze so bisschen hoch geschwappt ist, wenn ich es noch recht im Kopf habe, tun sie mich jetzt nicht behaften, ist das auch der Moment gewesen, wo unter anderem Kontaktstelle in Olten, der Kanton Solothurn, zu gemacht hat für die ausserkantonalen. Und das ist der Moment gewesen, wo sie natürlich tun, da, wo wir alle da gehabt haben aus dem Kanton Aargau oder und. Dort ist das es erste Mal akut geworden, wo wir dann natürlich auch haben entsprechend repressiv wirken müssen zum da wieder eine Beruhigung hineinzubringen oder und nachher hat es

zwischendurch einmal ein bisschen Beruhigung gegeben letztes Jahr im Spätsommer ist das Ganze dann wieder angestiegen. Zu diesen Gründen kommen wir dann sicher noch, was dann wieder zu weiteren Massnahmen geführt hat. Genau 00:03:21 I und wie stark seid ihr dort in diesem ganzen Steuerungsprozess dort dabei gewesen oder so 00:03:28 P1 als Person? 00:03:29 I Ja als Person und als Regionalpolizei. 00:03:34 P1 Also es ist, es gibt ein bisschen verschiedene Ebenen. Das eine ist ja die Thematik ist ja logischerweise das ist ein kantonales Problem respektive ein gesamtschweizerisches Problem aber jetzt im Aargau wir reden jetzt von hier von lokal ist es natürlich ein Problem, wo den Kanton Aargau betrifft. Das hat man e auch erkannt. Wir haben von Seiten da aus der Region sind natürlich so wie die Alarm-Signale gekommen oder wir haben ein Problem. Wir haben zu zunehmende, Szenenbildung und so weiter und dann hat auch der Kontakt stattgefunden. mit dem Departement Gesundheit, wo in diesem Bereich ja zuständig ist und wir als Organisation sind natürlich in dieser Thematik ganz extrem Gefahr erfüllt. Das wo man draussen sieht und das wo die Leute ja wahrnehmen oder wo sie beängstigt. Das ist klar die Polizei auszulösen. Das ist die Lachen läufige Meinung. Unsere Mittel sind klar oder unser Auftrag ist klar, Ruhe, Ordnung und Sicherheit wiederherzustellen und das ist ein Punkt und das ist ja das ganze 4-Säulenprinzip im Aargau, wo man sagt, Repression. mit der Repression bringt man eine gewisse Verdrängung hin. bringt man eine Beunruhigung hin, denn man haltet die Leute eigentlich auch in Bewegung, sodass sie sich nicht festsetzen. Das ist unser oberstes Ziel gewesen und es ist klar dort, wo wir strafbare Handlungen haben, dort müssen wir, müssen wir einschreiten. Das haben wir ja auch gemacht. Zusammen haben natürlich zusammen mit der Kantonspolizei oder wo dann vor allem im Bereich vom Handel von Betäubungsmitteln ja, ihre Hauptaufgabe hat. Wir einfach als lokale, Polizei wo vor allem halt eben für die die öffentliche Ordnung und Sicherheit verantwortlich sind. Das ist noch das eine, dann haben wir natürlich auch etwas von unserer Seite her interveniert, denn das ist ein gesellschaftliches Problem. Und die Polizei allein kann das nicht lösen und Repression ist... hat man auch erkannt. Das ist auch nicht die Lösung vom Problem. da können wir in der Geschichte schauen, das hat auch nicht in Zürich und anderen Orten zum Ziel geführt. Darum haben wir eigentlich interveniert und gesagt, da müssen wir wie so eine Taskforce bilden und der Lead muss da bei der Abteilung Gesellschaft liegen. Das muss ich ihnen auch nicht erklären, das ist klar, dort sind die Player drin, wo auch die Kontakte haben, nachher oder ganz eine andere Aufgabe wahrnehmen und das hat ein bisschen dazu geführt, dass man dann auch eine Arbeitsgruppe gebildet hat, eben unter dieser unter dem Lead von der Abteilung-Gesellschaft, wo für all die involvierten Player jetzt rund um das Zentrum herum, inklusive der Leute, die Vertreter vom kantonalen Departement Gesundheit. Sowohl beide Polizeiorganisationen und eben die Leute wo da direkt lokal involviert sind, an einem Tisch gesessen sind. Von dem her

sind wir da schon mal das lokale, wo man gesagt hat, wir müssen da jetzt mal Hinschauen miteinander anfangen zu reden. Das andere ist ja der Kanton hat dann angefangen, das Gesundheitsgesetz zu revidieren. Das ist ja aktuell jetzt im Gang, dass man überhaupt zum Beispiel gewisse Möglichkeiten hat, gesetzliche Grundlagen hat, dass man so eine so eine so eine Kontaktstelle könnte, betreiben. mit Konsumraum etc. Und das hat auch eine Suchtstrategie gebraucht im Aargau. Und dort wiederum hat es Arbeitsgruppen gegeben auf Stufe Departement, wo wir direkt auch involviert gewesen sind und uns jetzt genommen haben. Und von dem her ist es noch spannend gewesen oder es ist ein Spannendes. Es ist ja noch nicht abgeschlossen. einerseits lokal direkt betroffen, andererseits strategisch involviert und durch das halt natürlich können gerade 1 zu 1 so bisschen die Verbindungen und die die Umsetzung machen oder. 00:07:48 I Also auch bei dieser Bedarfsanalyse zum Beispiel seid ihr dort auch involviert gewesen 00:07:53 P1 Sie reden von dieser Infodrog-analyse 00:07:56 I Genau 00:07:56 P1 ja das ist auch... das ist vor allem noch spannend gewesen. Wir haben dann die Leute in einer ersten Phase konkret in unsere Abteilung Gesellschaft mitgenommen. Auf die Gasse zum Schauen. Also man hat gesagt, es ist wichtig, dass sie konkret wissen oder von was um was es geht, die haben wir mitgenommen und haben den Kontakt hergestellt von diesen Betroffenen zu ihnen. Und sie sind ja nachher auch mit der Infodrog und haben die Befragungen gemacht und das ist natürlich noch sehr spannend gewesen oder dort sind wir ja wirklich direkt, als Türöffner involviert, gewesen... Und ja Kontakt herstellen ist schon noch spannend gewesen, was dabei herausgekommen ist. 00:08:44 I Und wie würdet ihr denn diese Zusammenarbeit jetzt eben mit der Stadt zusammen von der Politik mit der Polizei der Sozialdienst, der wahrscheinlich auch noch involviert ist die Gassenarbeit Hope über diese Zusammenarbeit jetzt von vorher und jetzt zusammen mit dem eben mit dieser Bildung von dieser Arbeitsgruppe sehen? 00:09:04 P1 Also grundsätzlich ist es so. Also vorher ist ja dann in der Stadt drin haben wir schon Kontakt gehabt oder dass mit dem Sozialdienst haben wir schon immer eine gute Zusammenarbeit gehabt das oder generell mit den Sozialdiensten in unserer Region, wo wir verantwortlich sind, wenn es irgendwo geklemmt hat, aber das ist jetzt natürlich eine komplexere Thematik und da haben wir einfach gemerkt, jeder zieht irgendwo in seiner Verantwortung hin an einer Ecke und das ist nicht zielführend. Darum sage ich, das ist positiv gewesen, dass man wirklich einmal an einen Tisch gesessen ist. Am Anfang sind da die Meinungen schon noch sehr diametral auseinander teilweise. ganz ehrlich: auch meine Haltung ist am Anfang auch ein bisschen eine andere gewesen, wo einfach. Wir haben bis jetzt. In diesem Umfang haben wir mit dieser Thematik nicht so extrem viele Berührungspunkte gehabt. Man hat immer irgendeine kleine Drogenszene gehabt in Brugg, aber das ist so bisschen wie soll ich sagen in Anführungsschlusszeichen ein normal abgelaufen oder und darum, das habe ich sehr positiv

empfunden und diese Zusammenarbeit. Die hat sich dann logischerweise auch immer mehr intensiviert und verbessert und ist auch wichtig gewesen, dass wir angefangen haben eine Sprache zu reden. Man ist zusammen Zeug anschauen gegangen. man hat sich die Meinungen gebildet und so weiter und das habe ich ja eigentlich als sehr positiv empfunden oder. zumal ja, da müssen wir auch ehrlich sein, halt manchmal ein bisschen die Interessen von der repressiven Seite. eher im Pendant zu der sozialen Seite halt nicht immer ganz überall deckungsgleich sind. Was aber nicht heisst, dass wir irgendwie die Thematik nicht sehen oder irgendwie nicht würden verstehen oder nicht sehen, dass es wichtig ist oder für mich ist es von zentraler Bedeutung, dass man diesen Leuten hilft, wird. Das ist, ihre Sucht. das Grundproblem ist eigentlich die Thematik oder. aber die können wir nicht lösen. aber wir haben natürlich den Gesetzgeber im Nacken, wo uns klare Vorgaben gibt und das ist manchmal und da müssen wir wieder ein bisschen abstimmen oder. Aber ich muss sagen auch sehr, sehr, gute Zusammenarbeit mit dem Hope. Sehr positiv. wie das läuft. Was wir einfach merken, ich sage jetzt auf kommunaler Ebene auf, der auf Seiten Behörde ist, das vielleicht manchmal ein bisschen einfacher aber ja, man kann nicht einfach so runden Tisch machen und dann alles auf den Tisch legen. Es ist manchmal schwierig auch wir haben noch einen Datenschutz wo greift man kann da muss da schon auch vorsichtig sein, dass man nicht einfach blauäugig ist in gewissen Themen aber trotzdem der Austausch. was mich beeindruckt hat vor allem im Hope wie schnell, dass sie eigentlich den Zugang gehabt, haben in die Szene hinein. Und für uns ein Bild haben malen können, wo man so etwas weniger gekannt hat. Ich würde es mal behaupten, wir kennen sehr gut die Szenen. Wir kennen ihn vielleicht etwas eher ein bisschen die strafrechtliche Seite oder die Problemseite der Szenezusammensetzungen und so weiter aber sie haben natürlich dann wiederum ein bisschen die andere Seite sage ich jetzt vielleicht eben der soziale oder der gesundheitliche Aspekt beleuchten können und das ist dünkt es mich sehr wertvoll oder für. weil wir als lokale Polizei und das hat ja auch diese Befragung gezeigt, sind ja für sie eigentlich fast ein bisschen die einzigen manchmal Ansprechpersonen oder die wo sich vielleicht noch bisschen um sie kümmern, weil man halt manchmal fast täglich Kontakt hat mit ihnen. wo wir oft halt müssen, repressiv wirken oder Verzeigungen vornehmen und so weiter aber unsere Aufgabe ist ja auch zu schauen für das Wohl dieser Leute, dass die nicht irgendwie das im Winter nachts auf der Strasse draussen herumliegen und so. das ist eigentlich eine spannende Erfahrung gewesen jetzt mit dieser mobilen Gassenarbeit. 00:13:18 I genau ja, ihr habt ein bisschen schon so Herausforderungen dort angesprochen eben mit der Zusammenarbeit mit dem Datenschutz zum Beispiel und so weiter. Haben sie sonst noch irgendwelche ja zentralen Herausforderungen dort im ganzen Steuerungsprozess. 00:13:33 P1 Ja eine Herausforderung ist sicher, dass im Moment die gesetzlichen Grundlagen für so eine ich sage, jetzt einmal so

eine so eine die Konsummöglichkeit oder. wir haben ein Betäubungsmittelgesetz. Betäubungsmittelgesetz ist sehr klar vor, das ist verboten, das ist strafbar und wir müssen das Umsetzen oder und jetzt so bisschen. Parallel dazu versucht man etwas aufzubauen, wo uns im Moment, was der Konsum und so anbelangt, halt die gesetzlichen Grundlagen fehlen. Und das ist manchmal ein bisschen ein bisschen schwierig oder die einen wollen schon am Ziel sein und möglichst viel schon umsetzen und die anderen vielleicht eher auf der anderen Seite wo sagen ja Moment, aber wir haben da irgendwo noch etwas zwischendrin, wo wir jetzt so noch nicht umsetzen können, weil wir halt den Gesetzgeber haben, wo gewisse Schranken festlegt. Und das ist mir wichtig gewesen. schlussendlich in dieser Thematik ist es ganz wichtig und das wissen wir von den anderen Kantonen. Es ist der politische Wille und das ist ein Entscheid wo von oben kommen muss. Wir wollen das und so gehen wir mit dem um, wo man dann zum Beispiel miteinander festlegt, wie ist jetzt der Prozess oder wie ist jetzt. So ein bisschen so bisschen draussen das Vorgehen, wenn man zum Beispiel so ein so einen Konsumraum hat, wie gehen wir mit dem um oder und dort braucht es ganz feine Abstimmungen und klare Spielregeln. Und. Der Weg dorthin muss einfach der muss jetzt noch beschritten werden oder und jetzt befinden wir uns noch so bisschen in einem Zwischenraum oder das ist immer ein bisschen heikel. Das ist sicher eine Herausforderung. wo wir eben da sind wir jetzt genau in dem Bereich oder wo wir sehr, etwas von einer anderen Seite her daherkommen und da muss ich jetzt pragmatisch darangehen und sich immer wieder absprechen. Auch ein bisschen erklären halt. 00:15:36 I Da haben sie eigentlich schon die nächste Frage vorgegriffen 00:15:39 P1 Habe ich schon vorgegriffen? 00:15:40 I ja ein bisschen, aber das ist eigentlich gerade gut, dass eben wie die politischen Entscheide ihre praktische Arbeit beeinflussen und ich höre jetzt da raus: Also es ist ja eigentlich alles. man kann ja dann einfach dann Handeln, vor allem als Polizei, wo man Ende Gesetz unterstellt ist, kann man erst dann handeln, wenn die Politik findet: Ja so machen wir, so machen wir das jetzt und sonst nicht 00:16:03 P1 genau und eben ich denke, die Schwierigkeit ist da, es ist einerseits eine Handlungsdoktrin oder eben ein Konzept, gesetzliche Grundlagen, wo vom Kanton kommen oder kommen müssen. Logischerweise sind alle an die Suchtstrategie, wo die Schweiz generell hat, oder hätte ja. Und das nachher ein bisschen in Einklang zu bringen mit den lokalen. Gegebenheiten. Ich denke dort, ist vor allem die Schwierigkeit. wir haben hier. das Problem ja in Anführungs-Schlusszeichen. Wir spüren den Druck der Bevölkerung von der Politik der Betroffenen selbst. Und wir haben machen uns oder eben mit unserer Arbeit müssen wir ja auch Druck machen im Sinn von wir müssen ja schauen, dass da Ruhe und Ordnung herrscht und nicht einfach irgendwie am Schluss Anarchie und ich glaube das ist das ist ein bisschen der Punkt wir sind so bisschen im operativen sehr stark drin und das strategische ist irgendwie einfach noch ein bisschen Rückgelagert hintennach oder und

ja ich glaube, es ist halt aber wir haben im Endeffekt geht es auch immer um Geld. wer zahlt? und da merken wir auch das ist auch nicht immer ganz einfach, weil das ist, klar jeder sieht das Problem beim anderen. Der ist auch noch ein bisschen mitverantwortlich oder eigentlich sollte es diese Zahlen und so weiter und das ist immer. Es braucht manchmal einfach lange Prozesse, bis man sich wiedergefunden hat oder genau das ist schon ein bisschen... durch das haben wir natürlich... merken wir und das ist sehr ein politisches Thema. Das hat dann vielleicht gemerkt, letztes Jahr noch ein Wahljahr gewesen, das ist noch dazugekommen und durch das ist das natürlich sehr spannend gewesen oder 00:17:53 I Ja hat man auch einige Plakate gesehen, wo genau auf den Neumarkt-Platz hinweisen 00:17:58 P1 ja genau, mit den kleinen Kindern und der Spritze, meinen Sie das? ja das ist... so schlimm ist es, glaube ich dann doch nicht. 00:18:06 I Habe ich ein bisschen unangemessen gefunden haha genau ja vor allem jetzt gerade weiter zum öffentlichen Raum eben was die Bedeutung ist vom öffentlichen Raum für die Szene, für sie und wie Inwiefern eben auch so was sie merken, was die räumlichen Strukturen da miteinbringen? mir ist erst gerade letztlich wieder. ich bin daran erinnert worden, dass einmal der Wurststand dort gewesen ist und dass die Theorie aufgestellt worden ist. Ach, das ist so ein zentraler Punkt gewesen, wo man sich hat treffen können. oder jetzt auch neu mit dem McDonalds, wo dort hingebaut worden ist, wo ganz andere Personengruppen anzieht. 00:18:53 P1 das haben sie eigentlich recht erkannt, wir haben ja dort den Wurststand gehabt. Und das ist interessanterweise über Jahre eigentlich eine Szene, Ich sage jetzt bewusst, eine Szene gewesen, wo vor allem, ich sage ich jetzt mal, im Bereich Alkohol anzusiedeln ist oder eine Alkoholszene. Medikamente das ist klar, ist immer auch. Es ist ein bisschen ein Vielfaches, aber primär ist es eine Alkoholszene gewesen. die ist wie gesellschaftlich akzeptiert gewesen. Man hat den Wurststand gehabt, die sind dort darum herum gewesen, haben sich getroffen, haben miteinander geredet. Das eine oder das andere Mal ist vielleicht ein bisschen rund gelaufen im Sinn von weil man halt ein Bier zu viel gehabt hat. Aber das ist wie irgendwie akzeptiert gewesen. Und dann ist der weggekommen. und dann sind die wie im luftleeren Raum hängengeblieben oder. Und nachher ist zudem hin, die Betäubungsmittelszene auch angewachsen. Wir haben vorhin gesagt oder im Verlauf von den letzten 2 3 Jahren hat sich dort immer mehr. haben sich Leute angesiedelt an dieser oder in dieser Szene. Das hat dann dazu geführt, dass man so wie Gruppenbildungen plötzlich gehabt hat. Man hat sich dann irgendwo sich gekannt, man hat irgendwo sich logischerweise wieder Leute gesucht, wo man miteinander reden kann und so weiter. das hat vereinzelt schon so etwas zu Vermischungen geführt. Und dann haben wir ja nach dieser Umfrage der Infodrog. hat man ja klar herausgespürt, die Leute brauchen draussen irgendeine Unterstützung oder wo dann nachgelagert ist ja dann auch das Hope, die Mobile-Gassenarbeit gekommen. Und dann ist ganz etwas Interessantes passiert, die

haben natürlich einen Super Job gemacht. will ich da überhaupt nicht irgendwie anzweifeln oder so aber was man auch sagen muss das ist natürlich wie ein Magnet gewesen. Weil plötzlich ist jemand da gewesen im Aargau, wo den Leuten hilft, wo zuhört, wo ihnen etwas abgibt. Und zwar. ist ja das noch interessant das sind ja dann nicht die grossen Geschichten, sondern es sind ganz alltägliche Sachen. wie irgendwie frische Unterwäsche, eine Zahnbürste, ein Sandwich. ganz einfache Dinge, wo diese Leute brauchen. Und das ist der Moment gewesen, wo man plötzlich gemerkt hat, jetzt hat sich so wie eine Traube gebildet um das ganze herum und die haben sich angefangen zu vermischen die beiden Szenen und. Es sind auch mehr geworden, denn logischerweise die aus der Region oder auch aus den weitern Regionen, haben das gehört und sind dann auch gekommen. was wir ja auch noch haben. Und da geht es jetzt nicht darum zum irgendjemandem die Schuld in die Schuhe zu schieben oder irgendwie sagen das ist jetzt, die machen keinen guten Job so. aber wir haben ja auf der Windischer Seite habe auf der Klinik die Heroinabgabestelle oder das das das sogenannte Haag, hat es mal geheissen. Heute ist ja die Klinik für Substitutionstherapie. Und da kommen natürlich täglich Leute, ehemalige oder immer noch Süchtige, ihre Ration holen. Und das ist natürlich auch ein mit unter anderem ein Grund, dass sich das auch hier gebildet hat. Weil logischerweise diese Leute. Man kennt sich und wenn ich vielleicht einer bin, wo meinen Stoff zum Mann bringen will, dann überlege ich mir ja auch wo mache ich das, wo jetzt vielleicht Leute wo auf der Kippe sind. Also ich sage das ist das Thema, wo wir dringesteckt sind und jetzt wieder zurückzukommen zu dieser Gruppenbildung wo in dem Moment ist es dann einfach, hat es dazu geführt, dass sich diese Gruppen haben, angefangen sich zu vermischen. Und das ist jetzt nochmal ein anderes Thema, aber man darf das nicht ganz ausklammern. Ich will jetzt nicht sagen, das ist jetzt ein Problem gewesen. Aber wir haben noch ein Bundesasylzentrum auf dem Platz Brugg. Ein grosses. Die Leute, die meisten von denen, die pendeln täglich von dort unten an den Bahnhof. Man sitzt da oben noch etwas herum, man trinkt vielleicht auch ein Bier. Die gleichen Leute, bekanntlich ja nicht aus unseren Breitengraden, fallen halt mehr auf durch einfach rein ihr Äusseres. und das hat dann dazu geführt, dass natürlich die Bevölkerung auch, die ist dann langsam ein bisschen nervös geworden. Da hat man gemerkt, je nachdem, was für Nationalität dort unten sind, fallen sie etwas ein bisschen mehr oder etwas weniger auf. Die haben wie, wie eine eigene Gruppe gebildet plötzlich oder und nachher haben wir auch gemerkt, dass dann je nach Pegelstand vom Konsum unschöne Situationen gegeben hat und das hat zunehmend zu Konflikten geführt. Also man hat es angefangen, sich zu Prügeln, man hat angefangen herumzupöbeln man hat. Das hat dann nicht die grosse Vermischung gegeben, aber es hat sicher auch einzelne Vermischungen in diese Richtung gegeben. Das hat einfach wirklich zu einer Massierung geführt auf dem Neumarkt-Platz auf dem Bahnhof vorne. Wo man hat sagen

müssen, das geht nicht. das ist für die Bevölkerung nicht mehr einfach nicht mehr zumutbar. Es sind dann nicht nur einfach 5 Leute, wo irgendwo an einer Ecke hinter dem Bahnhof stehen, sondern das hat... die Leute haben sich nicht mehr getraut über den Neumarkt-Platz zu gehen. Es ist unangenehm gewesen, es ist chaotisch gewesen, es sind unschöne Bilder. Das ist. 00:24:38 I Also so der Neumarkt-Platz als Knotenpunkt von verschiedenen Gruppierungen eigentlich auch verschiedenen Standorte, wo diese Gruppierungen haben, und dann kommt das alles auf dem Platz zusammen 00:24:48 P1 Und der einzelne Bürger sage ich jetzt. im Durchschnitt. der kommt an den Bahnhof macht sein Tagesgeschäft ist irgendwie korrekt, ist vielleicht halt sehr weit weg von diesen Themen. Dann kommst du dort vielleicht mit Kindern oder so und diese Situation, die ist natürlich einfach wie nicht akzeptiert, nicht akzeptabel oder, überhaupt nicht. Und ja das ist klar und dann ist halt dann wird es politisch dann wird es noch ein bisschen medial aufgebauscht eben sie haben vorhin noch das Plakat erwähnt oder es gibt natürlich das eine das andere und in dieser Thematik haben wir natürlich auch gemerkt, wir sind ja sehr nahe dran. Wir haben ja mit allen ich sage jetzt vom Werkdienst über Sicherheitsdienste über alle die die Hauswartungen man hat miteinander geredet. Man weiss etwa was wo herumgelegen ist und dann ist dann plötzlich ab von einer Spritze sind es schon 100 Spritzen gewesen und alles übersät und dann sind noch die 2 3 parallelen Delikte dazugekommen, wo in jeder anderen Stadt hätten passieren können und überhaupt weder einen Zusammenhang noch irgend von unserer Seite vorgängig hätte Einfluss nehmen können oder so überhaupt nicht. und das hat dann einfach halt das Fass zum Überlaufen gebracht, dass diese Thematik derart aufgekocht worden ist. aber ich glaube, mittlerweile hat es sich wieder gelegt, jetzt sind wir ein bisschen abgeschweift, aber ich habe gefunden... 00:26:14 I Nein das ist perfekt sie eben sie haben gesagt, es hat sich ein bisschen gelegt. haben sie irgendwie Veränderungen gesehen im Sinn von Szenenbewegung Hot Spots, dass sie vielleicht eben nach den Massnahmen so bisschen ausgewichen sind auf andere Orte oder. 00:26:32 P1 es Ist natürlich schon so. Wir haben ja bis Ende letztes Jahr ein. Vielleicht muss ich sagen, wir haben so ein Wegweisungsperimeter. Das ist im Zentrum. Brugg Windisch Bahnhof, einfach, ich sage jetzt Campus-Platz. Die kritischen Infrastrukturen und Plätze sind in dem Perimeter drin, wo man versucht auch mit polizeilichen Wegweisungen die Leute nicht in dem Perimeter innen zu haben im Sinn von, dass sie sich dort drinnen festsetzen, so wie wir das gehabt haben. Repressiver Druck bedeutet natürlich. Sie gehen einfach irgendwo hinaus, in die Aussenquartiere. Das ist das nächste gewesen, wo passiert ist in einer nächsten Phase dort im 24. da hat man einen Sicherheitsdienst beauftragt, nicht im Sinn als eine repressive Massnahme, sondern mehr so bisschen wo einfach diesen Plätzen nachgeht. Wo sagt: hey ihr wisst ihr dürft nicht hier sein. solltet nicht zu viel sein soll. aber auch bisschen schaut, wie geht es denen und das ist so

bisschen ein verlängerter Arm verlängertes Auge gewesen auch für uns. Aber auch für das Hope, dass sie ein bisschen gewusst haben, wo sind sie denn, wo finden wir sind. das ist so bisschen ein miteinander gewesen, ohne dass wir da irgendwie in einen Konflikt hineingekommen wäre. Man hat einfach gewusst, wo sind die Gruppen? wie viel? wie gross sind die Gruppen und wie geht es diesen Leuten etwa? Das ist so bisschen Thematik gewesen. für uns sehr wertvoll. Seit Ende Jahr hat man das politisch eingestellt. kostet halt auch Geld. Das ist klar. (...) In dieser Phase, wo ich vorhin erwähnt habe, wo es dann wirklich jetzt da im letzten Spätsommer eine Massierung gegeben hat und zu Problemen gekommen ist, dann hat man ja das Alkoholverbot gemacht. Und interessanterweise, ich meine das ist eine Null gewesen. Man hat keine Erfahrungen gehabt. Das hat eigentlich eingeschlagen, wie eine Bombe kann man sagen. das ist innerhalb von kurzer Zeit, Ist das wie leergefegt gewesen. Und am Anfang haben wir gedacht, das ist vielleicht jetzt. im ersten Moment. aber interessanterweise hat das angedauert. und man hat dann festgestellt, eben wie ich es erwähnt habe, de sind ein bisschen an der Peripherie draussen. sie sind irgendwo noch immer verschloffen. Sie sind in andere, ihre Heimatgemeinden oder Städte. Man trifft sich an anderen Orten im Aargau. Das ist schon ein bisschen die Konsequenz gewesen, aber nicht so, dass wir jetzt sagen müssen aber durch das hat man jetzt einfach an einem anderen Ort ein wahnsinniges Problem. Wir haben natürlich logischerweise Aarau und Baden und Brugg können sie jetzt jede Statistik drehen und kehren, wie sie wollen. Das sind immer die 3 Gemeinden wo zuvorderst sind im Sinn. was auch immer, dass man anschaut, die haben natürlich auch ganz etwas grössere Verhältnisse, die haben schon immer auch gewisse Themen gehabt, dass dann vielleicht am einen oder an anderen Ort ein bisschen angestiegen ist im Bereich von Betäubungsmittelwiderhandlungen oder von Kleinkriminalität. Das ist sicher klar und eben, dass sie sich auch dort ein bisschen getroffen haben an den anderen Bahnhöfen. Das hat man schon gemerkt. 00:29:40 I aber so im generellen Brugg hat sich massiv beruhigt seit Ende letztes Jahr 00:29:44 P1 genau, seit man das Alkoholverbot eingeführt hat oder. das hat man jetzt wieder aufgehoben. im Sinn von man hat gesagt, es ist ruhig, man will auch irgendwo. ich denke da ist auch ein politischer Wille dahinter und generell man will ja nicht. einfach alles, sage ich jetzt einmal, allen Leuten wegnehmen. es soll ja möglich sein, dass man irgendwo noch hocken darf und irgendein Feierabendbier trinken und so ich glaube, es geht ja alle in die Richtung, dass man wieder in die Normalität zurückgeht und Im Rahmen der Verhältnismässigkeit einfach auch: sagt hey, wir wollen wieder so in diesen Bereich hineinkommen, wo man sich normal bewegen kann. und wir müssen jetzt halt einfach mit diesen Mitteln, wo wir haben, wieder schauen, dass sich das nicht verändert, und da werden wir jetzt dann sehen, was passiert und das soll ja auch ein Mittel bleiben im Moment zumindest sicher. wo man im Extremfall einsetzen kann oder so eine

repressive Massnahme so ein Arealverbot. 00:30:57 I Ja, ich glaube, dann würde ich eigentlich gerade die eine Frage vorwegnehmen, wie sie die Wirksamkeit, die Wirksamkeit der Massnahmen sind ja sichtbar gewesen. Wie würden sie das Einschätzen. 00:31:11 P1 Ja, ich habe eben gesagt, es ist das eine ist die Repression ist nicht. Es ist nicht die Lösung, aber sie zeigt Wirkung, das ist klar. Mit der Repression bringen wir... verhindern wir eine Festsetzung, wir bringen das subjektive Sicherheitsgefühl wieder irgendwo In eine Normalität hinein, dass sich die Leute auch sicher fühlen und bewegen können, aber wir lösen das Problem nicht. Das müssen wir ganz klarsehen. Da fehlen uns im Moment einfach andere Möglichkeiten. man ist auch aktuell jetzt auch dran mit. Es bestehen ja schon so gewisse provisorische oder einfache Möglichkeiten wie Gassenküchen oder so Suppenküchen. die EMK Windisch hat angefangen mit dem Gebäude, wo man jetzt abreisst oder abgerissen wird. Jetzt hat es die katholische Kirche von Brugg übernommen. eben wo man eine Gassenküche macht, dass sie doch 2 dreimal in der Woche irgendein bisschen die Möglichkeit haben, sich zu treffen und etwas Warmes zu essen. hat aber nichts mit irgendeinem Konsumraum oder so zu tun. Für uns ist es aus unserer Sicht haben wir einen Erfolg gehabt mit dem Alkoholverbot, wo, vota bene auch, ein politischer Entscheid gewesen ist, wo verfügt worden ist und werden. Jetzt müssen schauen, wie ja wie es weitergeht. 00:32:39 I Und was wäre dann so eben für nachhaltige, nachhaltige Verbesserung das hat so wirklich angetönt ein Konsumraum 00:32:47 P1 ja ich denke, Es wird auf das Hinauslaufen, dass man irgendwo. nein, ob das Brugg ist, oder wo auch immer muss man jetzt schauen, wie sich das entwickelt. Das ist unter anderem auch eine Schwierigkeit oder Mobilien zu finden, Örtlichkeiten zu finden, wo man so etwas umsetzen kann. Das ist einmal die erste Hürde. Und das zweite, wenn man es dann hat, die Finanzierung. Ich denke, da wird man hinbringen. Ich denke schon, sie haben den Wurststand angesprochen. Ich meine, das ist der Klassiker, das zeigt es ja oder und sie suchen ja so seinesgleichen und sie wollen ja soziale Kontakte untereinander und ich glaube, man muss wie einfach in der heutigen Zeit verstehen. Das ist das sind Suchtkranke Leute, die sind suchtgesteuert. Da können wir nicht einfach einen Schalter herum legen oder ein Verbot verhängen und dann ist das Problem gelöst und man muss ihnen irgendwo in irgendeiner Form eine Möglichkeit geben, wo sie sich treffen können wo sie auch etwas umsorgt werden und wo sie von ihrem Stress herunterkommen können. Das wird, so wie ich das jetzt mit anderen Kantonen schon ein bisschen besprochen habe. die Kantone. mit den Berufskollegen aus anderen Kantonen besprochen habe, zu einer Entlastung im öffentlichen Raum kommen. weil man dann, wie sie sich wirklich auch da dorthin begeben oder wenn vieles dort stattfindet. selbstverständlich müssen wir auch nicht blauäugig sein, aber es wird nicht einfach nachher eine heile Welt sein oder man wird nach wie vor Kleinkriminalität im Bereich Ladendiebstahl und so, die wird es nach wie vor geben. Beschaffungskriminalität.

Betäubungsmittelkonsum. das ist klar, dort. eben jetzt kommen wir jetzt zu diesen Spielregeln, wo es dann braucht, oder dann ist es dann wirklich so, dass halt der Rest, ausserhalb von diesen von diesen Räumlichkeiten oder von dieser auch Örtlichkeit dort ist dann eine Nulltoleranz ist jetzt vielleicht ein bisschen falscher Ausdruck aber dort müssen einfach klar die Regeln bekannt sein oder dort kann man dann nicht einfach wegschauen oder. aber ich glaube, das wird eine gewisse Entlastung geben. Ich glaube, das braucht es im Aargau, wird es in irgendeiner Form brauchen. aber im Moment noch einen kleinen oder manchmal ein bisschen weiss nicht, wie ich soll sagen ein länger oder einen kurzen Weg bis dorthin. das werden wir sehen, wie es politisch weitergeht ja. 00:35:17 I, (...) ja, ich habe eigentlich am Anfang haben sie noch so bisschen davon angefangen zu reden. von dem Umgang eigentlich mit den Konsumierenden, sie jetzt als Polizei. Es ist ja eben gleichzeitig, seid ihr, seht ihr die immer wieder. haben eine Art Beziehungsaufbau. gleichzeitig müsst ihr halt auch für die Sicherheit sorgen. Was ist so generell das Ziel oder was ist so bisschen wie sagt man dem? die Vorgabe, wie ihr jetzt so sagt ja so geht, so wollen wir mit dem Umgehen und wie tut ihr dieses Spannungsfeld auch die Beziehungsgestaltung Unsicherheit handhaben. 00:36:00 P1 Mhm, das ist schwierig in unserem Beruf, aber auch gerade das spannende, und zwar in allen Bereichen jetzt nicht nur in dieser, sagen ich jetzt in der Suchtthematik... Oberstes Ziel hat immer die Sicherheit ist klar. Ordnung, Sicherheit das ist ein wichtig ein wichtiges Fundament von unserem Staat oder es geht uns nicht um sonst einfach so gut sage ich mal. wir haben glaube ich wirklich in der Schweiz kann man sich noch noch frei bewegen. Und darum sage ich auch bei uns, es ist wichtig, dass wir, dass sich die Leute wohlfühlen, dass nicht was man nicht kein Problem hat die haben wir die die das jede Gesellschaftsform oder so aber dass wir wirklich, dem. das ist mal das oberste Ziel und wichtig ist einfach, dass man die Menschen als das Behandelt, wo sie sind, nämlich als Menschen und den Umgang einfach auch, sei es verbal oder auch sonst, so stattfindet, dass sie ihrer Würde auch nicht verletzt werden. Also, obwohl das manchmal sehr schwierig ist mit Leuten, wo dann irgendwo gerade irgendetwas eingeworfen haben und nachher in einem Zustand sind und man sagen muss, da ist eigentlich jegliches Reden bringt da nichts mehr, denn die sind in einer anderen Welt jetzt. ist manchmal nicht ganz so einfach aber. Ich würde jetzt mal behaupten, meine Leute sind mittlerweile so. wir bilden uns auch weiter in diesem Gebiet oder und die sind mittlerweile auch erfahren. Wie gehen wir um mit ihnen? wie reden wir mit ihnen? Es ist nicht einfach ein Runterlassen und einen auf Kollegen machen, aber es ist halt gleich so eine gewisse, eine gewisse Beziehung da. das merken wir, auch wenn manchmal die Leute wieder Ferien gehabt haben und auf die Patrouille gehen, die Leute aus der Szene sagen Ah grüezi, Herr so und so haben sie Ferien gehabt. Ich habe Sie schon lange nicht mehr gesehen. man kennt einander man weiss voneinander, es fällt auf es gibt auch gewisse

Vertrauensverhältnisse im Sinne von man halt auch mal vielleicht eine Information bekommt. Oder ja, aber auch wo man von unserer Seite her halt vielleicht auch mal hilft oder mal einmal eine Dienstleistung mehr erbringt im Sinne von. man fährt einmal einen nach Hause, wenn man ihn aufgreift, nachts, oder man macht einmal ein Telefon auf eine Amtsstelle oder einfach irgendwo eine Vermittlerrolle und ich glaube das ist manchmal ein bisschen ein Seiltanz. wir sind, ich sage jetzt mal der verlängerte Arm vom Gesetz. Wir sind die Repression aber trotzdem so nahe wie möglich dem Menschen nahe oder das ist sicher eine grosse Herausforderung. Aber ist auch muss ja ehrlich so sagen dies ist anstrengend oder. manchmal hat man täglich mit den gleichen Leuten wegen dem gleichen Thema zu tun und das ist so bisschen die Endlosschlaufen oder das ist manchmal nicht ganz einfach. ja und dort sehen wir. dort erhoffen wir uns, wenn jetzt mehr Möglichkeiten geschaffen werden im Aargau eben mit so irgendwelchen Stellen, Anlaufstellen oder ja ich sage jetzt auch Gassenküche in einer Notschlafstelle und so weiter, dass man diesen Leuten auch wie etwas aufzeigen kann und sagen, hier ist es zwar nicht gut. hier wollen wir dich nicht mehr. Aber wir schauen, dass du dort unterkommst, oder melde dich auch mal bei dem. Das ist das wo im Aargau etwas ein bisschen Mangelware ist. Wir sind dann wie die letzten, sage ich habe, in der Nahrungskette oder. wo du dann einfach dann stehst, irgend am Morgen um 3 Uhr, mit einem am Bahnhof und sagst ja was machen: wir jetzt mit dem. Es ist einfach wie, niemand will sie, niemand ist zuständig. Medizinisch haben wir vielleicht kein Problem. Es ist. (...) dort erhoffe ich mir schon, wenn man ein bisschen mehr Möglichkeiten schafft im Aargau, dass man zumindest sagen kann: hey, dort hast du ein Dach über am Kopf und ein warmes Bett. Jetzt gehen wir dort hin, du schläfst dort aus, morgen ist dann wieder ein anderer Tag, müssen wir wieder weiterschauen. aber einfach so bisschen die Not ein bisschen lindern zu können oder ist nicht unser oberster Auftrag eben wir sind nicht der Sozialdienst, aber am Schluss sind wir einfach in der Verantwortung. 00:40:35 I Ja, sie bekommen auch die ganzen diese Auswirkungen mit und müssen sich dann damit befassen schlussendlich. 00:40:41 P1 Genau oder und am kann ich schon sagen, wir haben auch schon hier im Keller unten wir haben Decken geholt und einem im Wartesaal vorne die Decke gebracht und das Kissen, dass er zumindest bis am Morgen irgendwo dort auf einer Bank hat schlafen können. weil es schlichtweg einfach keine Möglichkeit gegeben hat oder und da habe ich, das ist dann manchmal schon ein Moment, wo ich mir überlege. Ist das in unserer Gesellschaft, will man das so oder. ich meine, das sind die Leute von hier, das sind nicht irgend das sind das sind unsere Mitbürger oder und am Schluss liegen sie so auf der Bank aussen in einem Wartesaal und vermutlich der erste von der SBB vom Reinigungsdienst und der Kommt, der will ihn auch nicht dort oder. aber der erfriert sonst Draussen oder und dann muss ich sagen, das ist doch irgendwie, da glaube ich müsste man ja, können wir schon noch das Bricket

drauflegen im Aargau. 00:41:33 I Ja vor allem spannend eben, dass sie gesagt haben, von wo dann die anderen Kantone eben zum Beispiel Solothurn gefunden hat sie ja wir machen jetzt dicht für die Aargauer. Zürich hat ja jetzt doch auch noch, ist noch bisschen nachsichtiger gewesen mit ihrer Anlaufstelle für ausserkantonale und so weiter, wo sie aber auch gefunden haben bei den kantonalen. Ja, man merkt das eigentlich direkt. 00:41:59 P1 ich weiss auch, die schauen mittlerweile und ist ja richtig finde ich persönlich finde es richtig, weil meine persönliche Meinung ist, wir müssen unseren Job selbst machen und es kann nicht sein, dass man einfach aus was für Gründen auch immer. am Ende vom Tag vermutlich sind es finanzielle Gründe einfach Sachen nicht macht, denn die anderen Schauen ja und das ist so etwas eine Haltung, wo ich finde, ist etwas schwierig (...) Klar eben ich habe auch erwähnt, es wird nicht einfach das grosse Wunder geben oder wir jetzt das Problem lösen können, aber ich finde, irgendwo müssen wir schauen, dass wir, dass wir selbst eine vernünftige Lösung hinbringen und diesen Leuten helfen können klar. Wir können auch nicht alle eben allen einfach immer helfen und gewisse Eigenverantwortung gewissen Willen muss halt vielleicht auch noch ein bisschen da sein oder sonst funktioniert es halt auch nicht oder. Dort greift dann die Repression am Schluss oder. aber die meisten sage ich ja die meisten sind ja nicht per se einfach gerade schwierig. 00:43:14 I Ja, genau das wären eigentlich alle von meinen Fragen gewesen und wenn ich das richtig sehe, haben sie sonst noch irgendwelche irgendetwas, wo wir jetzt da nicht beredet haben, was wie wichtig wäre. 00:43:25 P1 Ja, wo haben wir haben eigentlich soweit alles oder die Arbeitsgruppe haben wir gehabt. (...) Nein ist ein bisschen ja mehr oder weniger alles zum Thema geworden. Was für uns halt einfach vielleicht ein Thema wo und das ist jetzt mehr Sage ich jetzt ein bisschen unsere Botschaft immer wieder oder man kann vieles machen. Man kann wir haben sehr stark repressiv gewirkt in gewissen Phasen oder aber es ist auch etwas, wo wir jetzt einfach aufgezeigt haben. Das ist kurzfristig schon möglich gewesen, aber das braucht enorme Ressourcen oder und diese Ressourcen müssen wir aufbauen. Diese Ressourcen müssen bereitgestellt werden und heute ist es einfach auch, sind wir in der Situation, dass wir ausgebildete Leute praktisch nicht mehr bekommen. Das ist nicht nur in Brugg so, generell. der Markt ist ausgefischt sage ich. Wir müssen ausbilden und wir sind laufend dran am Leute ausbilden. Aber das kostet Geld oder das kostet einfach Geld und wenn man so sage, jetzt eine solche Situation im Zentrum hat, dass gebraucht, dass bündelt die Kräfte eigentlich den ganzen Tag hier im Zentrum drin. Und wichtig ist, dass wir ja aussen durch auch noch irgendwo eine Dienstleistung anbieten können oder wir haben noch einen Haufen andere Themen, wo wir ja auch noch bearbeiten sollten oder und ja das sind schon spannende Herausforderungen, wo da auf uns zukommen, wo ich ja noch nicht weiss, wo der Weg durchgeht, oder es ist man sollte man sollte immer alle Probleme lösen mit möglichst wenig bis gar keine finanziellen

Auswirkungen oder und da können wir einfach noch nicht haben. Das ist so, aber ich glaube, das ist ja in jedem Bereich nicht anders oder. 00:45:21 I Ja wir sind auch auf Gelder und die politischen Entscheide schlussendlich angewiesen. klar hat man immer einen Handlungsspielraum, wo man noch so bisschen kann, ja manchmal in der Grauzone ein bisschen noch etwas machen kann. danke vielmal 00:45:43 P1 ja danke ihnen. ich Hof ich habe ihn ein bisschen etwas helfen können

Gedächtnisprotokoll Experteninterview P2

Rahmenbedingungen

Das Gespräch fand im Rahmen eines Besuchs der Gassenküche statt. Aufgrund der örtlichen Gegebenheiten und des laufenden Betriebs konnte keine Audioaufzeichnung erstellt werden. Die folgenden Inhalte basieren auf unmittelbar während und nach dem Gespräch angefertigten Notizen und wurden anschliessend zu einem Gedächtnisprotokoll verdichtet.

Entstehung und Entwicklung der mobilen Gassenarbeit in Brugg - A

Gemäss der interviewten Fachperson wurde bereits in den Jahren 2021/2022 eine zunehmende Szenenbildung in Brugg wahrgenommen. Daraufhin sei die Organisation von sich aus auf die Stadt Brugg zugegangen und habe Unterstützung angeboten. Zu diesem Zeitpunkt habe jedoch noch wenig Interesse an einem entsprechenden Angebot bestanden. Gleichzeitig sei beobachtet worden, dass sich Teile der Klientel zunehmend von Baden nach Brugg verlagerten.

In der Folge sei ein Pilotprojekt entwickelt worden. Die mobile Gassenarbeit wurde zunächst zweimal pro Woche im Tandem durchgeführt. Ziel sei gewesen, die Bedürfnisse der betroffenen Personen zu erfassen, die Zusammensetzung der Szene besser zu verstehen und Beziehungen aufzubauen. Das Projekt startete 2024 für ein Jahr und wurde inzwischen bis 2026 verlängert. Zentrale Prinzipien seien Niederschwelligkeit, Beziehungsarbeit sowie die Orientierung an den Bedürfnissen der Zielgruppe.

Aufgaben und Arbeitsweise der mobilen Gassenarbeit - B

Die Fachperson beschrieb die mobile Gassenarbeit als niederschwelliges Unterstützungsangebot. Dazu gehörten insbesondere Beziehungsarbeit, die Vermittlung an weiterführende Angebote, die Abgabe von Kleidung, Verbandsmaterial und Lebensmitteln sowie die Triage an zuständige Stellen. Die Mitarbeitenden seien bewusst in ziviler Kleidung unterwegs, um Stigmatisierungen zu vermeiden und den Zugang zur Zielgruppe zu erleichtern.

Verhältnis von Hilfe und Repression - C

Die interviewte Fachperson betonte mehrfach, dass repressive Massnahmen allein keine nachhaltige Lösung darstellen würden. Repression könne nur dann sinnvoll sein, wenn gleichzeitig niederschwellige Alternativen vorhanden seien, an die betroffene Personen verwiesen werden könnten. Nach der Einführung von Wegweisungen und dem Alkoholverbot hätten viele Personen stärker aufgesucht werden müssen, da sie sich in Treppenhäuser, auf Spielplätze oder an andere weniger sichtbare Orte zurückgezogen hätten. Aus Sicht der

Gassenarbeit sei Repression ohne begleitende Unterstützungsangebote wenig zielführend. Mit der Einführung der Gassenküche habe sich diese Situation teilweise verändert, da nun zumindest ein zusätzlicher Anlaufpunkt bestehe.

Entwicklungen im öffentlichen Raum - D

Zum Zeitpunkt des Gesprächs sei noch unklar gewesen, wie sich die Szene nach der Lockerung der Massnahmen weiterentwickeln werde. Einzelne Personen seien bereits wieder an den Neumarkt zurückgekehrt, andere hätten angegeben, an neuen Treffpunkten bleiben zu wollen. Gleichzeitig wurde beobachtet, dass durch den neuen McDonald's ein verändertes Nutzungsmuster des öffentlichen Raums entstanden sei. Dabei komme es zu einer Vermischung verschiedener Gruppen, insbesondere von Jugendlichen und Teilen der bisherigen Szene.

Weiter wurde darauf hingewiesen, dass viele KlientInnen nach dem Besuch der Substitutionsabgabestelle der PDAG wieder in den öffentlichen Raum zurückkehrten. Besonders ab den Abendstunden bilde sich dadurch erneut eine sichtbare Szene. Die Fachperson vermutete zudem, dass der Wegfall des früheren Wurststandes einen wichtigen sozialen Treffpunkt beseitigt habe. Dieser habe für viele Personen eine stabilisierende Funktion erfüllt. Die Gründe für dessen Schliessung seien ihr jedoch nicht bekannt.

Arbeitsgruppe und politische Prozesse - E

Die Zusammenarbeit innerhalb der städtischen Arbeitsgruppe wurde insgesamt als konstruktiv beschrieben. Die Beteiligten würden parteilich für ihre jeweiligen Anliegen eintreten, gleichzeitig jedoch wohlwollend miteinander arbeiten. Die Arbeitsgruppe sei weiterhin aktiv und stehe in engem Austausch mit verschiedenen AkteurInnen. Zudem bestehe eine Verbindung zum Verein Streetwork Aargau.

Im Zusammenhang mit der geplanten Gassenküche wurde erwähnt, dass die Finanzierung bereits weitgehend gesichert sei. Trotz zugesprochener finanzieller Mittel gestalte sich die Suche nach einem geeigneten Standort schwierig, da sich potenzielle Trägerschaften oder Nachbarschaften teilweise zurückhaltend zeigten. Die Fachperson nahm deutliche Interessenkonflikte zwischen verschiedenen Anspruchsgruppen wahr.

Einschätzung zukünftiger Angebote - F

Aus Sicht der Fachperson bestehe ein deutlicher Bedarf an einem Konsumraum beziehungsweise an einem kombinierten Angebot aus Aufenthaltsmöglichkeit, Verpflegung und Konsummöglichkeit. Dadurch könnten Konsumvorgänge aus dem öffentlichen Raum verlagert

und besser begleitet werden. Gleichzeitig würden klare Regeln und kontrollierte Interventionsmöglichkeiten, beispielsweise durch Hausverbote, geschaffen.

Die Fachperson sprach sich für einen pragmatischen Ansatz aus. Künftige Angebote sollten möglichst klein, flexibel und an die tatsächlichen Bedürfnisse der lokalen Szene angepasst sein. Ziel sei es nicht, ein grosses Ballungszentrum zu schaffen, sondern mehrere kleinere und bedarfsgerechte Angebote bereitzustellen.

Professionelles Selbstverständnis und gesellschaftliche Wahrnehmung - G

Die Fachperson vertrat die Ansicht, dass suchtbetroffene Menschen im politischen und gesellschaftlichen Diskurs nur über eine geringe Lobby verfügten. Viele Menschen hätten kaum direkte Berührungspunkte mit der Zielgruppe und würden deren Lebensrealität nur unzureichend kennen. Die mobile Gassenarbeit verstehe sich deshalb auch als Vermittlerin und Sensibilisierungsinstanz gegenüber Politik und Öffentlichkeit. Dabei gehe es jedoch nicht darum, problematische Verhaltensweisen zu legitimieren, sondern um Aufklärung und ein besseres Verständnis der bestehenden Problemlagen.

Sicherheit und Grenzen der Gassenarbeit - H

Die Fachperson beschrieb das Spannungsfeld zwischen Unterstützung und Sicherheit als wichtigen Bestandteil der Arbeit. Die Mitarbeitenden verfügten über Sicherheitsausbildungen und seien unter anderem im Umgang mit Pfefferspray geschult. Einsätze würden grundsätzlich im Tandem durchgeführt. Gefährliche Situationen seien bislang selten gewesen. Im Vordergrund stehe das Prinzip der Deeskalation. Falls erforderlich, würden weitere Stellen alarmiert.

Als strukturelle Grenze wurde erwähnt, dass die mobile Gassenarbeit in Baden über grössere Handlungsspielräume verfüge, während in Brugg aufgrund der politischen Aufmerksamkeit und der öffentlichen Debatten viele Schritte enger abgestimmt werden müssten. Insbesondere die mediale Aufmerksamkeit habe Einfluss auf die Handlungsmöglichkeiten der Fachpersonen.